

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Hochseefischer bereits vor 42.000 Jahren

Funde aus der Jerimalai-Höhle an der Ostspitze von Timor-Leste belegen, dass der Mensch bereits vor 42.000 Jahren mit Booten auf dem offenen Meer Fische fing.

Ein Team von Wissenschaftlern der „Australian National University“ (Canberra) um die Archäologie-Professorin Susan O'Connor hatte urzeitliche Fischknochen und Fangwerkzeuge in der einst von Frühmenschen bewohnten Höhle entdeckt. Die australischen Forscher fanden auch Angelhaken an einem Lagerplatz im Inneren der Höhle. Die Funde demonstrierten, wie hochentwickelt und vielfältig die Fischfangtechniken der frühen Menschen in dieser Region bereits waren, erklärte O'Connor. Vermutlich hätten es die Menschen diesen Fähigkeiten zu verdanken, dass sie vor rund 50.000 Jahren die Inselwelt Ozeaniens durchqueren und Australien besiedeln konnten, so das internationale Forscherteam in einem Artikel für das Fachmagazin „Science“.

Bislang gab es kaum Belege für den Fischfang aus dieser Frühzeit. Man war davon ausgegangen, dass die Menschen die Fische in Ufernähe per Speer töteten und/oder Muscheln und andere Meeresfrüchte aufsammelten.

Die Funde aus der Höhle beweisen nun, dass der Mensch bereits vor 42.000 auf offener See Fische fing, denn die gefundenen Knochen stammen von Tunfischen und anderen Hochseefischarten. Diese kommen aber nur weit vor der Küste vor, so dass die Steinzeitfischer über hochseetaugliche Boote verfügen müssen. Die Hochseefischerei lieferte jedoch nicht nur Nahrung, sondern eröffnete auch die Möglichkeit, breite Meeresstraßen zu überqueren und so neues Land zu erreichen.

Die Forscher gehen davon aus, dass die Menschen zunächst Netze benutzten, die Technik des Angelns wurde wohl erst etliche Tausend Jahre später entwickelt. Der älteste gefundene Angelhaken wurde auf ein Alter zwischen 16.000 und 23.000 Jahren geschätzt. Er ist vier Zentimeter lang und aus der Schale einer Meeresschnecke gefertigt.

(Science Band 334, Seite 1117, Wikipedia, <http://www.g-o.de/wissen-aktuell-bild-14146-2011-11-25-18963.html>, <http://www.tagesspiegel.de/wissen/fruehe-hochseefischer/5901456.html>)

EU fördert Tourismus

Mit einer auf drei Jahre angelegten Förderung in Höhe von 12,3 Millionen Euro unterstützt die Europäische Union (EU) die „South Pacific Tourism Organization“ (SPTO) und das „Oceania Customs Organizations Secretariat“ (OCO).

OCO-Geschäftsführer Kulu Bloomfield erklärte, die Gelder dienten der Vereinfachung des Zollwesens im gesamten Pazifik. Reformen und eine Modernisierung des Zollsystems seien dringend nötig, um die finanzwirtschaftliche Situation der Pazifikstaaten zu verbessern.

SPTO-Geschäftsführer Ratu Ili-soni Vuidreketi erklärte, mit den Geldern den Tourismus im Pazifik weiter ausbauen zu wollen. Man wolle vor allem kleinst- und mittelständische Unternehmen zu Investitionen in den boomenden Tourismus- und Gastronomiektor ermutigen.

Die bewilligten Gelder sind Bestandteil eines 30 Millionen Euro umfassenden Paketes, mit dem die EU die pazifikweite wirtschaftliche Integration durch die Verbesserung des Handels fördert (Strengthening Pacific Economic Integration through Trade, SPEITT). *(FBCL News 20.12.11, Pressemitteilung PIFS 21.12.11)*

EU unterstützt Menschenrechtsarbeit der Forumsländer

Die Europäische Union (EU) und das Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ (PIF) haben im Februar ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich die EU verpflichtet, die Mitgliedsländer des PIF jährlich mit einer Million Euro bei der Ratifizierung und Implementierung internationaler Menschenrechtsverträge zu unterstützen. Für die EU unterzeichnete der für den Pazifik zuständige EU-Beauftragte Dr. Abdoul-Aziz Mbaye den Vertrag, für das Forum dessen Generalsekretär Tuiloma Neroni Slade. Die Vertreter der beiden Organisationen hatten sich im Forumsbüro in Suva (Fidschi) getroffen.

Mbaye betonte, mit dem Geld fördere die Europäische Union die Menschenrechtsarbeit der Pazifikstaaten, denn die Einhaltung der Menschenrechte sei eines der Kernziele der EU. Sie sei eine demokratische Organisation, die nach Recht und Gesetz handle und auf die Einhaltung der Menschenrechte achte. Auf diesem Weg wolle man auch die Pazifikstaaten unterstützen, so der Pazifik-Beauftragte der EU.

Forums-Sekretär Slade erklärte, das EU-Geld diene der Umsetzung von Initiative 12.5 des so genannten „Pacific Plan“, der zur Zielsetzung die Ratifizierung möglichst vieler wichtiger Verträge zur Einhaltung der Menschenrechte hat. Als wichtiges Instrument in der Menschenrechtsarbeit nannte Slade die Ratifizierung des Rom-Statuts, die vertragliche Grundlage des Internationalen Strafgerichtshof von Den Haag. Bisher haben neben Australien, Neuseeland, Timor-Leste und Vanuatu noch sieben weitere Pazifikstaaten das Rom-Statut ratifiziert. Das Statut ermöglicht die Bestrafung von Kriegsverbrechen und die Verurteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. *(Pressemitteilung PIFS 21.02.12)*

Regionale Organisationen engagieren sich gegen Klimawandel

Am Rande der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember letzten Jahres im südafrikanischen Durban hat sich der „Council of Regional Organisations in the Pacific“ (CROP) entschlossen, eine gemeinsame Erklärung zum Klimawandel zu verfassen. In der Erklärung „Collaborating to support effective response to Climate Change“ verpflichten sich die Mitgliedsländer des CROP zu gemeinsamen Anstrengungen im Kampf gegen die Auswirkungen des globalen Klimawandels. Obwohl jede Mitgliedsorganisation unterschiedliche Ziele habe und sich in verschiedenen Bereichen engagiere, sei doch allen an der Implementierung des „Pacific Plan“ gelegen, zu dessen Prioritäten der Kampf gegen den Klimawandel zählt, hieß es seitens von CROP.

Zum CROP haben sich folgende Organisationen zusammengeschlossen: Fiji School of Medicine, Pacific Islands Forum Fisheries Agency, Pacific Islands Development Programme, Secretariat for the Pacific Community, Pacific Islands Forum Secretariat, Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, South Pacific Tourism Organisation, University of the South Pacific, Pacific Power Association und das Pacific Aviation Safety Office. (Pressemitteilung PIFS 07.12.11)

FIFO zeichnet Filme aus

Vom 6. bis zum 12. Februar fand im „Maison de la Culture“ in der französisch-polynesischen Hauptstadt Papeete das diesjährige neunte internationale Festival für den ozeanischen Dokumentarfilm statt (Festival International du Film Documentaire Océanien, FIFO).

Den großen Preis der Jury gewann der australische Film „Murundak, Songs of Freedom“ von

Natasha Gadd und Rhys Graham. Der 82-minütige Farbfilm aus dem Jahr 2011 zeichnet eine Tournee der aus Aborigines bestehenden Band „Black Arm“ nach, die auf ihrer Reise durch Australien Lieder über Proteste gegen die „weißen“ Siedler und über die Freiheit singt.

Den „Prix Spécial du Jury“ teilen sich drei Filme: „Ma famille adoptée“ von Eliane Koller über die bis heute bestehende Praxis der Adoption von Kindern aus Polynesien durch kinderlose Paare aus Frankreich; „Ochre and Ink“ von James Bradley über die jahrzehntelange künstlerische Zusammenarbeit des chinesisch-australischen Malers Zhou Xiaoping mit Aborigines und der Dokumentarfilm „The Hungry Tide“ des australischen Filmemachers Tom Zubrycki, der den (Arbeits-)Alltag der kiribatischen Klima-Aktivistin Maria Tiimon in Sydney, in ihrer Heimat Kiribati und auf den Weltklimakonferenzen zeigt.

Tom Zubrycki hat Teile seines Dokumentarfilmes über Maria Tiimon und die Bedrohung von Kiribati durch den Klimawandel im November 2010 auch in Berlin auf der Tagung des Pacific Networking in Europe „On the run - European and Pacific responses to climate change in the Pacific“ gedreht. Zu dieser Tagung war Maria Tiimon als Referentin eingeladen worden.

Den Publikumspreis erhielt „L'Elu du People“, ein filmisches Porträt von Marie Hélène Villierme über den polynesischen Politiker und Unabhängigkeitskämpfer Pouvana'a a Oopa.

(Flash d'Océanie 13.02.12,
<http://www.daybreakfilms.com.au/murundak-songs-of-freedom/>,
<http://www.ochreandinkmovie.com/>,
<http://thehungrytide.com.au/>, <http://fifotahiti.com/>)

Scheckbuch-Diplomatie

Der georgische Außenminister Grigol Vashadze hat die russische Scheckbuch-Diplomatie für die Anerkennung der georgischen

autonomen Republiken Südossetien und Abchasien als eigenständige Staaten beklagt. Russlands Zahlungen an Pazifikstaaten gingen zu Lasten russischer Steuerzahler, bemängelte der Minister bei einem ministeriellen Treffen in Straßburg.

Tags zuvor war der russische Außenminister Sergey Lavrov zu einem Kurzbesuch nach Fidschi gereist. Die russische Botschaft im australischen Canberra wies aber Gerüchte zurück, der Außenminister wolle dort Gespräche mit der fidschianischen Regierung über deren Anerkennung der beiden georgischen Gebiete führen.

Angeblich hat Russland 50 Millionen Dollar an Nauru gezahlt, damit diese die georgischen Regionen als selbständige Staaten anerkennet.

Info: Südossetien ist eine gebirgige Region unmittelbar südlich des Kamms des Großen Kaukasus, die völkerrechtlich als Teil Georgiens gilt, de facto jedoch unabhängig ist und nicht der Zentralmacht in der georgischen Hauptstadt Tiflis untersteht. Abchasien ist eine an das Schwarze Meer grenzende Republik im Süden des Kaukasus, die völkerrechtlich ebenfalls als Teil Georgiens gilt, de facto jedoch auch unabhängig ist.

Sechs Staaten haben die staatliche Souveränität Abchasiens anerkannt: Russland, Nicaragua, Venezuela, Nauru, Tuvalu und Vanuatu. (Radio NZ. Intern. 26.01.12, Wikipedia)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Millionenverluste durch Korruption

Etwa eine Milliarde Kina öffentliche Gelder gehen dem Staatshaushalt jährlich durch Korruption verloren. Zu diesem Ergebnis kommt eine regierungsinterne Arbeitsgruppe, die in den letzten Monaten in Behörden, öffentlichen Einrichtungen und Ämtern recherchiert hat. Die Untersuchung durch das „Public Accounts Committee“ ist Teil einer auf 20 Jahre angelegten Strategie zur Bekämpfung der Korruption und der Vetterwirtschaft, der so genannten „National Anti-Corruption Strategy 2010 - 2030“.

Anlässlich der Vorstellung dieser Strategie im Parlament erklärte der Minister für den Öffentlichen Dienst, Bart Philemon, ohne Korruptionsbekämpfung werde das Land jährlich weitere Millionen an öffentlichen Geldern verlieren. Das sei umso schlimmer, als dass das staatliche Haushaltsbudget in den letzten neun Jahren kontinuierlich erhöht werden konnte, so dass im vergangenen Jahr 60 Milliarden Kina zur Verfügung standen. Von den reinen Zahlen her sei Papua-Neuguinea ein reiches Land, nur käme von diesen Geldern gar nichts bei der Bevölkerung an. Der Geldfluss von oben nach unten lecke an vielen Stellen, das Problem seien aber nicht die Menschen an der Basis. Die Korruptionsbekämpfung müsse bei den hohen Staatsämtern anfangen und sich langsam den Menschen an der Basis nähern, so der Minister. Philemon erklärte die Korruption zur „Killerkrankheit Nummer 1“, noch vor HIV/Aids. Von dieser Immunschwächeerkrankung seien nur einige Menschen betroffen, die Korruption beträfe jedoch die gesamte Gesellschaft.

Die Studie des „Public Accounts Committee“ ergab auch, dass Korruption nicht nur sporadisch auftritt, sondern systematisch als Mittel zum Zweck benutzt wird. Die Untersuchungskommission erklärte, die Bestechungen auf allen Ebenen rüttelten an den Grundfesten des Staates Papua-Neuguinea.

Philemon betonte, dass Korruption sich nicht allein auf den öffentlichen Dienst beschränke, sondern auch in der Privatwirtschaft vorkäme. Man habe auch keinen Überblick darüber, wie viele illegale Gelder in den großen Bergbauprojekten des Landes flössen. Welche Firma wann wie viel Kompensationszahlungen an traditionelle Landeigner zahle, sei nicht nachvollziehbar.

In ihrem Bericht für das Jahr 2011 hatte die Anti-Korruptionsorganisation „Transparency International“ (TI) Papua-Neuguinea auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 10 (keine Korruption) bei 2,2 positioniert, auf gleicher Ebene wie etwa Zimbabwe (Afrika). TI nannte PNG auch den „korruptesten Staat im ganzen Pazifik“. Nach Angaben des neuguineischen Länderbüros von TI erfüllt PNG bei weitem nicht die Maßstäbe der „United Nations Conventions against Corruption“.

Bei seinem Amtsantritt im August 2011 hatte der amtierende Premierminister Peter O'Neill angekündigt, eine unabhängige Kommission zur Bekämpfung der Korruption ins Leben zu rufen (Independent Commission Against Corruption, ICAC). Seit September letzten Jahres hat die ebenfalls von O'Neill einberufene „Investigation Task Force Sweep“, eine Elite-Einheit zur Bekämpfung von Korruption mit Mitgliedern aus Polizei, dem Gerichtswesen, Geheimdienst, staatlichen Stellen und Behörden der einzelnen Provinzen, ihre Arbeit aufgenommen. Den Ermittlungen dieser Task Force ist die Verhaftung von gut einem Dutzend Menschen zu verdanken, die der Korruption

überführt werden konnten. Die Task Force ermittelt derzeit weiter gegen Politiker, Wirtschaftsmagnaten und Konzernmanager. Sie recherchiert auch, ob Sir Somare während seiner Amtszeit öffentliche Gelder veruntreut hat.

(<http://crimeandcorruptionpng.wordpress.com>, *The National* 18.01.12, http://en.wikipedia.org/wiki/Corruption_in_Papua_New_Guinea)

Regierung ehrt OTML

Die Regierung von Papua-Neuguinea hat Mitte Dezember letzten Jahres den „Good Corporate Citizen Award“ an Ok Tedi Mining Limited (OTML), den Betreiber der Ok Tedi Gold- und Kupfermine im nordwestlichen Teil der Western Province, verliehen. Eigentümer von OTML sind zu 63,4 % das „PNG Sustainable Development Program Ltd.“ und zu 36,6 % der Staat Papua-Neuguinea.

Gemeinsam mit OTML wurden 20 weitere Firmen ausgezeichnet, u.a. die Bank South Pacific und die RAMU Agri Industries Ltd.

Der Preis wurde vom „Department of Labour and Industrial Relations“ verliehen. In der Begründung für die Ehrung hieß es u.a., OTML habe im vergangenen Jahr über 2,1 Milliarden Kina zur Wirtschaft des Staates beigetragen. Außerdem böte das Unternehmen 2.100 Menschen Arbeit, 95% von ihnen seien einheimische Neuguineer.

Das Ministerium würdigte auch das Engagement des Bergbaukonzerns bei der Aus- und Fortbildung der Beschäftigten sowie die finanzielle und pragmatische Unterstützung des Fly River Provinzgouvernements. Außerdem sei OTML bereits seit 2005 im „PNG Business Council“ aktiv.

Die Verleihung des Bürgerpreises stieß seitens von Umweltschützern auf geharnischte Kritik. Die „Bismarck Ramu Group“, eine Nichtregierungsorganisation, die sich für die Belange traditioneller Landeigner im Gebiet der Ramu-

Nickel-Mine bei Madang, einsetzt, sagte wörtlich, der Preis sei „an outrage, a sick pitiful, shameful, embarrassing move by the PNG government“. (*Post-Courier* 20.12.12, *PNG Mine Watch* 23.12.11)

Über 120 Tote bei Schiffsunglück

Bei einem Schiffsunglück in der Solomon Sea zwischen der Insel Neubritannien und der Hafenstadt Lae sind am 2. Februar mindestens 120 Menschen ertrunken. Das Passagierschiff „MV Rabaul Queen“ befand sich mit rund 250 (nach anderen Quellen mit bis zu 500) Menschen an Bord auf der 20-stündigen Überfahrt von Kimbe (West New Britain) nach Lae, als das Schiff bei Starkwind und rauer See Schlagseite bekam und kenterte. Binnen weniger Stunden sank das Schiff in eine Tiefe von rund 1.500 Metern, etwa 12 Kilometer von Finschhafen entfernt.

Eilends herbeigerufene Rettungskräfte zu Wasser und aus der Luft der „Australian Maritime Safety Authority“ konnten 237 Menschen aus offener See bergen. Wie viele Menschen ertranken, ist unklar, da es keine offiziellen Passagierlisten gab. Zugelassen war das Schiff für 310 Menschen, es könnten sich aber bis zu 500 Menschen an Bord befunden haben. Nach Angaben des neuguineischen Seenotrettungsdienstes handelte es sich bei den Passagieren überwiegend um Lehrer und Studierende. (*Radio NZ. Intern.* 02.-10.02.12, *News.com.au* 22.02.12)

Mehr als 60 Tote bei Erdbeben

Bei einem massiven Erdbeben nahe Hides in der Southern Highlands Province sind am 25. Januar zwischen 60 und 100 Menschen unter den Erdmassen begraben worden. Gegen fünf Uhr früh war der gesamte Hang eines Berges abgebrochen, über drei Millionen Kubikmeter Erde auf einer 9,5 Hektar großen Fläche hatten sich in Bewegung gesetzt.

Der Erdbeben ereignete sich oberhalb des Dorfes Tumbi, nahe einer Anlage des „Liquefield Natural Gas“-Projektes (LNG). Häuser, technische Anlagen, Autos und Menschen wurden von der Gerölllawine mitgerissen. Die Verbindungsstraße zwischen den Gasanlagen in Hides und der Kleinstadt Nogoli wurde verschüttet.

Über die genaue Anzahl der Opfer konnten keine Angaben gemacht werden, denn in der Region rund um das LNG-Projekt hatten sich viele Menschen aus Nachbarprovinzen auf der Suche nach Arbeit in den Gas verarbeitenden Anlagen niedergelassen.

Der Betreiber des LNG-Projektes, ExxonMobil, ließ die Arbeiten auf den Gasfeldern unterbrechen. Ein Sprecher des Konzerns erklärte, die vorübergehende Stilllegung der Anlagen gefährde den für 2014 projektierten Start der Gasförderung nicht.

(*Asia Pacific News* 25.01.12, *The National* 25.01.12, *AusAid* 31.01.12, <http://www.breakbulk.com/environment-natural-disasters/landslide-halts-work-papua-new-guinea-lng-site>)

Premier kündigt kostenlose Gesundheitsversorgung an

Nach einem offiziellen Besuch des „Port Moresby General Hospital“ im Beisein des Vizepremierministers Belden Namah und etlicher Kabinettsminister, hat Premierminister Peter O'Neill angekündigt, die Gesundheitsversorgung sei für alle Bürger des Landes in allen staatlichen Krankenhäusern ab sofort kostenlos. Nach dieser überraschenden Ankündigung sprach O'Neill den Krankenhäusern im Land einen sofortigen finanziellen Zuschuss in Höhe von 350 Millionen Kina zu, wovon er dem Krankenhaus in Port Moresby 50 Millionen Kina für nötige Instandsetzungsarbeiten überweisen wollte.

Die 350 Millionen Kina seien zusätzlich zu dem im Haushalt veranschlagten Gesundheitsbudget von 800 Mio. Kina zu sehen, er-

klärte O'Neill.

Seine Regierung sei schockiert über den desaströsen Zustand der staatlichen Krankenhäuser, sagte der Premier. Als „verantwortungsvoller und sorgender Führer seines Landes“ könne er den Mangel an Medikamenten, Material und an der Hygiene nicht so einfach hinnehmen.

Bereits kurz nach seiner Amtsübernahme hatte O'Neill den Einwohnern Papua-Neuguineas kostenlose Grundschulbildung zugesagt. Wie diese Versprechen konkret umgesetzt werden sollen, ist derzeit nicht bekannt. (*Post-Courier* 19.01.12)

Gericht schmettert Berufung ab

Der „Supreme Court“ hat die Berufungsklage von 1.083 traditionellen Landeignern gegen die Verklappung von Sedimenten in der Tiefsee zurückgewiesen und damit den Weg für die Aufnahme des Betriebes der Ramu-Nickel-Mine bei Madang endgültig freigemacht.

Im August letzten Jahres hatte der Minenbetreiber, der chinesische Bergbaukonzern Metallurgical Group Corporation und die neuguineische Firma Highlands Pacific, bereits die richterliche Erlaubnis zur Verklappung von Abfällen über eine Pipeline in der Tiefsee der Basamuk-Bucht erhalten. Die Richter hatten damals so argumentiert, dass die Regierung von Papua-Neuguinea bereits diesem System der Müllentsorgung zugestimmt hatte. Die Landeigner waren daraufhin in Berufung gegangen, zwei von den drei Richtern im Supreme Court gaben dieser Berufung nun jedoch nicht statt.

Nach Angaben der Landeigner plant der Minenbetreiber jährlich die Verklappung von 100 Millionen Tonnen Abraum aus der Mine in der Tiefsee an der Nordwestküste von PNG. Die auf die nächsten 20 Jahre angelegte Ni-

ckelmine soll jährlich 30.000 Tonnen Nickel und 3.000 Tonnen Kobalt produzieren. (*Pacific Beat* 22.12.11, *Radio NZ Intern.* 22.12.11)

Allein in der Opposition

Dame Carol Kidu ist bis dato einziges Mitglied der Opposition. Überraschend gab die große, alte Dame der Politik Mitte Februar bekannt, dass sie aus Unzufriedenheit über die derzeitige politische Situation in die Opposition wechseln werde. Der Parlamentssprecher bestätigte Kidus Wechsel und ernannte sie gleichzeitig zur Oppositionellenführerin. Kidu erklärte, nun fehlten ihr nur noch Mitstreiter, wobei sich diese sowohl aus Somares Parteifreunden, als auch aus Parteifreunden des amtierenden Premierministers Peter O'Neill rekrutieren dürften.

Dame Kidu von der „National Alliance Party“ ist seit 15 Jahren die einzige weibliche Parlamentarierin im 109-sitzigen Parlament. Erst kürzlich hatte die Regierung O'Neill ein Gesetz verabschiedet, wonach bis zu 22 Sitze im Parlament für Frauen vorgehalten werden sollen, je eine Parlamentarierin für eine der 22 neuguineischen Provinzen.

Carol Kidu wird bei den Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres nicht mehr antreten, sondern sich pensionieren lassen. Bis dahin will sie sich um den Aufbau der Opposition bemühen. Von 2002 bis 2011 war Kidu Ministerin für gemeindliche Entwicklung unter der Regierung von Sir Michael Somare. (*Radio Nz. Intern.* 15.02.12, *The Australian* 15.02., 16.02.12, *Wikipedia*,)

BOUGAINVILLE

Flughafen vor Wiedereröffnung

Um die Särge der bei dem Schiffsunglück vor der Küste Laes ertrunkenen Menschen in

ihre Heimat Bougainville überführen zu können, haben die Me'ekamui-Soldaten und die traditionellen Landeigner zugestimmt, das Sperrgebiet – die so genannte „No-Go-Zone“ in Central Bougainville - zu öffnen und den dort befindlichen Flughafen Aropa freizugeben. Erstmals seit Beendigung der zehnjährigen Krise konnten so wieder Flugzeuge in Aropa landen. Aropa, eine Stadt an der Ostküste der Insel Bougainville, war vor der Krise das Einfallstor für Reisende nach Bougainville. Erst durch die Sperrung des Gebiets rund um die Panguna Gold- und Kupfermine durch die Me'ekamui Streitkräfte konnte Aropa nicht mehr direkt angefliegen werden. Die Flugzeuge mussten auf der Insel Buka landen.

Jimmy Miringtoro, der Kommunikationsminister und Abgeordnete für Central Bougainville im neuguineischen Parlament, versprach, sich für eine dauerhafte Öffnung des Flughafens einzusetzen. (*Postcourier* 13.02.12)

SALOMONEN

† Fred Fono

Der ehemalige Vize-Premierminister und Minister für ländliche Entwicklung, Fred Iro Fono, ist Ende Dezember überraschend im Alter von 49 Jahren im National Referral Hospital auf Guadalcanal gestorben. Fono hinterlässt seine Ehefrau Helen Abby, zwei Töchter und einen Sohn.

Der 1962 in Arabala Village, Central Kwara'ae in der Malaita Province geborene Politiker war erstmals 1997 als Repräsentant für den Distrikt Central Kwara'ae in das Parlament der Salomonen gewählt worden. 2001 und 2006 war er wiedergewählt worden. Erst bei den Wahlen 2010 hatte er seinen Sitz an Jackson Fiulaua verloren. Seit Dezember 2007 war Fono „Minister for Rural Development and Indigenous Affairs“. In diesem Jahr sollte der

studierte Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied der Partei „People's Alliance Party“ als Botschafter der Salomonen nach Papua-Neuguinea versetzt werden. (*Solomon Star* 28.12.11, <http://www.parliament.gov.sb/index.php?q=node/156>)

Partei für Junge gegründet

Ishmael Nori hat Anfang Februar eine politische Partei eigens für junge Menschen gegründet. Mitglieder der „Solomon Islands New Generation Party“ dürfen nur junge Menschen zwischen 18 und 40 Jahren werden. Nori erklärte, seiner Partei ginge es vor allem um verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Schulabbrecher. Seiner Ansicht nach kümmerten sich die etablierten Parteien zu wenig um jugendliche Schulabbrecher, die ohne Schulabschluss keine Chancen auf eine reguläre Beschäftigung haben. Der neuen Partei geht es vor allem darum, arbeitslose Jugendliche „von der Straße“ zu holen und ihnen eine Perspektive zu geben. Als weiteres parteipolitisches Ziel nennt Nori die Bekämpfung der Korruption. (*Solomon Times* 09.02.12)

Neuer Bevollmächtigter für Polizei

John Michael Langsley aus England ist neuer Chef der Polizei (Police Commissioner) auf den Salomonen. Er konnte sich gegen drei Mitbewerber durchsetzen. Zu diesen gehörte auch der derzeitige Oberkommandierende der Polizei, Walter Kola, der das Amt übergangsweise in den letzten 18 Monaten innehatte.

Langsley war bereits von 2003 bis 2005 im Rahmen der „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ in Honiara. (*Solomon Star* 24.02.12)

Salomonen investieren in Solarenergie

Die Salomonen schöpfen rund vier Millionen US-Dollar aus dem „Pacific Environment Community Fund“ (PEC) ab, um Solarlampen für Privathaushalte im ländlichen Raum anzumieten. In 20 Gemeinden sollen rund 2.000 Haushalte mit den mobilen Solarlampen ausgestattet werden. Die Lampen bleiben zwar im Besitz der Regierung, vor Ort sollen sich jedoch Servicemitarbeiter um die Wartung und Instandhaltung kümmern. Diese werden von der eigens gegründeten „Renewable Energy Service Company“ (RESCO) angestellt. Die RESCO-Angestellten können für ihre Dienste nicht nur in Bargeld, sondern auch in Naturalien wie Cassava oder Bananen bezahlt werden, erklärte Henry Pika, Mitarbeiter im Ministerium für Minen, Energie und ländliche Beleuchtung.

Info: Der PEC-Fonds wurde von der japanischen Regierung eingerichtet. Das Fondsvermögen beläuft sich auf rund 66 Millionen US-Dollar. Die Gelder sollen ausschließlich pazifischen Inselstaaten zugute kommen, die in erneuerbare Energien investieren, um ihre Abhängigkeit vom Import fossiler Treibstoffe zu minimieren. Schwerpunktmäßig sollen aus den Fondsgeldern Solarsysteme sowie Meerwasserentsalzungsanlagen angeschafft werden. Bis dato haben Samoa, Tuvalu, die Cookinseln und Nauru Gelder aus dem Fonds für Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien abgefragt. (*Pacific Islands Forum Secretariat 13.02.12*)

FIDSCHI

(Anmerkung der Redaktion: Alle Artikel zu Fidschi stammen von Pazifik-Netzwerkmittglied Oliver Hasenkamp, Berlin)

Public Emergency Regulations aufgehoben & Public Order Act überarbeitet

Die fidschianische Übergangsregierung hat im Januar die seit 2009 geltenden *Public Emergency Regulations* (kurz: PER) aufgehoben und damit eine wichtige Vorbedingung für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung und demokratischer Wahlen im Jahr 2014 erfüllt. Bekanntgegeben wurde die Aufhebung, die für viele Beobachter überraschend kam, in der Neujahrsansprache von Voreqe Bainimarama, der als Vorsitzender der fidschianischen Streitkräfte die Übergangsregierung als Premierminister leitet, am 1. Januar 2012. Die Regulierungen wurden in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar aufgehoben.

Die Gültigkeit der *Public Emergency Regulations*, welche der Übergangsregierung zahlreiche Möglichkeiten des Eingriffs in grundlegende Freiheiten wie der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit eingeräumt haben, waren zuvor seit ihrem erstmaligen Erlass im April 2009 regelmäßig verlängert worden.

Gleichzeitig mit der Aufhebung nahm die Übergangsregierung jedoch eine Überarbeitung des *Public Order Acts* vor, welcher der Regierung erneut Einflussmöglichkeiten zubilligt. So werden öffentliche Versammlungen auch in Zukunft weiterhin eine Genehmigung benötigen. Das *Citizens' Constitutional Forum* (CCF), welches die Aufhebung der PER zunächst begrüßt hatte, kritisierte, der überarbeitete *Public Order Act* gestehe der Polizei zu viele Rechte und Eingriffsmöglichkeiten zu, welche auch ohne gerichtliche Beschlüsse durchgeführt werden könnten.

Insgesamt wurde die Aufhebung der PER jedoch von zahlreichen Akteuren auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene begrüßt und es wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass es trotz der Überarbeitung des *Public Order Acts* in Zukunft größere Freiheiten für die Bevölkerung geben werde. Der für Fidschi zuständige Sprecher von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon begrüßte die Entscheidung im Namen der Vereinten Nationen, während die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, sagte, dass die Aufhebung in jedem Fall ein Schritt in die richtige Richtung sei und zugleich genaue Beobachtungen der weiteren Entwicklungen durch die Vereinten Nationen ankündigte. Auch die britische Königin, Queen Elisabeth II., gab in einer Mitteilung bekannt, sie begrüße die Entwicklungen und hoffe auf eine baldige Rückkehr Fidschis in den Commonwealth, aus welchem Fidschi zur Zeit suspendiert ist.

Bainimarama hat währenddessen klargestellt, dass Fidschi seinen Weg zu demokratischen Wahlen ohne ausländische Einmischung fortsetzen wolle und andere Staaten dazu aufgefordert, sich nicht in die internen Angelegenheiten Fidschis einzumischen. Außerdem sagte er, dass eine neue, gerechte Verfassung, deren Ausarbeitung nun Priorität habe, noch wichtiger sei als demokratische Wahlen selbst. (*fiji.gov.fj 1.12.12, Pacific Islands Report 2.12.12 – 7.01.12, Brij Lal/Pacific Islands Report 18.01.12, ABC Radio Australia 10.01.12, United Nations Pacific 4.01.12, Islands Business 13.02.12 – 22.02.12, Citizens' Constitutional Forum Januar 2012*)

Überschwemmungen fordern sechs Todesopfer

Starke Regenfälle und Überschwemmungen haben in Fidschi Ende Januar sechs Todesopfer gefordert. Außerdem wurden hunderte Häuser sowie Straßen zerstört, und es mussten mehr als 3.500 Menschen evakuiert werden.

Die heftigen Überschwemmungen haben weite Teile der fidschianischen Hauptinsel *Viti Levu* betroffen. Besonders betroffen waren die westlichen Provinzen, insbesondere auch Nadi, die zweitgrößte Stadt des Landes. In Nadi standen weite Teile des Stadtzentrums, darunter der Markt und die katholische Kirche, unter Wasser. Ebenso wie die Bezirke Ba und Rakiraki war Nadi zeitweise über den Landweg komplett von der Außenwelt abgeschlossen. Auch in anderen Teilen des Landes waren wichtige Verbindungswege nicht benutzbar oder wurden zerstört.

Noch immer können zahlreiche Familien nicht in ihre Häuser zurückkehren, da diese zerstört wurden. Zeitweise mussten mehr als 3.500 Menschen in Notunterkünften im ganzen Land untergebracht werden. Polizei und Rettungskräfte waren tagelang im Einsatz, um Menschen zu evakuieren und mit Lebensmitteln zu versorgen.

Unter den sechs Todesopfern, welche die Überschwemmungen gefordert haben, befindet sich auch eine vierköpfige Familie aus Ba, welche von ihrem Haus begraben worden ist. Auf Grund der Wetterlage gelang es der Polizei erst nach Stunden, die Leichen zu bergen.

Übergangspräsident Voreqe Bainimarama rief am 25. Januar den Ausnahmezustand (*state of natural disaster*) aus. Er kündigte außerdem an, die betroffenen Gebiete besuchen zu wollen, um den Menschen vor Ort helfen zu können. Hilfe angekündigt wurde auch aus dem Ausland. So haben die Vereinigten Staaten von Amerika über das Rote Kreuz 50.000 US-\$ zur Verfügung gestellt, Neuseeland gemeinsam mit Australien und Frankreich sogar 286.000 US-\$. Diese sollen für den Wiederaufbau von Häusern und wichtiger Infrastruktur eingesetzt werden. Der Mobiltelefonanbieter Fiji Vodafone stellte den Menschen in den betroffenen Gebieten kosten-

loses Extra-Guthaben zur Verfügung, um die Kommunikation zur Außenwelt zu ermöglichen.

Zusätzlich zu den Überschwemmungen drohte der Zyklon Jasmine Anfang Februar zeitweise Fidschi zu treffen und die Lage damit noch dramatisch zu verschlimmern. Glücklicherweise konnten die Behörden schließlich jedoch Entwarnung für den Tropensturm geben und dieser erreichte Fidschi nicht. (*Pacific Islands Report* 24.1.12, 25.1.12, 27.1.12, *Islands Business* 26.1.12, *Fiji Times* 6.2.12)

Earth Hour-Klima-Marsch

Der fidschianische Präsident Ratu Epeli Nailatikau hat seine Landsleute dazu aufgerufen, anlässlich der so genannten „Earth Hour“-Bewegung an einem „Klima-Marsch“ teilzunehmen, um international auf die Problematik des Klimawandels für den Pazifik aufmerksam zu machen. Bei einem Besuch im Pazifik-Büro des World Wildlife Fund (WWF) in der fidschianischen Hauptstadt Suva forderte er zudem noch mehr Anstrengungen, auch innerhalb Fidschis, zur Bekämpfung des Klimawandels.

Info: Earth Hour ist eine internationale Umweltbewegung, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, Privatpersonen, Unternehmen und Regierungen zu mehr Klimaschutz zu ermutigen. Kern des Projektes ist das symbolische Abschalten von Lichtern und elektronischen Geräten für eine Stunde. Im Jahr 2012 soll dies am 31. März 2012 geschehen. Der über 70-jährige Nailatikau kündigte an, sich selbst an einem 30 Kilometer langen Protestmarsch zu beteiligen, wenn sich jeweils mindestens fünf Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen und Verwaltungsabteilungen finden, die ein öffentliches Bekenntnis zum nachhaltigen Klimaschutz abgeben. (*Islands Business* 16.02.12)

Neue Botschaften in Südkorea & VAE

Fidschi setzt seinen Kurs des Ausbaus seiner internationalen diplomatischen Beziehungen weiterhin ungebremst fort. So plant der Staat zurzeit die Eröffnung von Botschaften in Südkorea und in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Wie Übergangspräsident Voreqe Bainimarama am Rande einer Konferenz im Hotel Holiday Inn in Suva sagte, habe der Ausbau diplomatischer Beziehungen weiterhin eine hohe Priorität. Dabei werde weiterhin das Ziel einer „Look-North-Policy“ (und damit auch Loslösung von den traditionellen Partnern Australien und Neuseeland) verfolgt.

Fidschi bemüht sich weiter darum, auf internationaler Ebene noch unabhängiger und selbstbewusster auftreten zu können. Auch in den letzten Monaten hat Fidschi bereits eine Vielzahl neuer Botschaften auf der ganzen Welt eröffnet. Bainimarama forderte auf der Konferenz auch die fidschianischen Botschafter in Übersee dazu auf, sich weiter für eine stärkere Rolle Fidschis in der Welt einzusetzen. Fidschi unterhält momentan 126 Botschaften in aller Welt und ist damit neben Papua-Neuguinea (sowie Australien und Neuseeland) der Staat in Ozeanien, der mit großem Abstand die meisten Botschaften unterhält. Eine Vielzahl der kleineren Inselstaaten unterhalten lediglich Vertretungen in New York, Brüssel sowie in Australien und Neuseeland.

Ob in absehbarer Zeit auch die Eröffnung einer fidschianischen Botschaft in Deutschland geplant ist, ist nicht bekannt. Zurzeit ist weiterhin die fidschianische Botschaft in London für Deutschland mit zuständig. (*Islands Business* 13.02.12 – 15.02.2012, *FijiLive* 15.02.12)

VANUATU

Abkommen über Zusammenarbeit

Vanuatu und Indonesien haben Ende Dezember ein Abkommen über partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit geschlossen, das „Development Cooperation Agreement“ (DCA). Dazu waren der Premierminister von Vanuatu, Sato Kilman, und sein Außenminister Alfred Carlot eigens nach Jakarta gereist. Im Regierungsgebäude „Pancasila“ unterzeichneten Carlot und der indonesische Außenminister Dr. Marty M. Natalegawa dieses erste Abkommen seiner Art zwischen Vanuatu und Indonesien. Zentrale Punkte des Abkommens sind die gegenseitige Achtung vor der Souveränität beider Staaten und die Versicherung, sich nicht in die internen Angelegenheiten des jeweils anderen Staates einzumischen. Im Blick auf die Unabhängigkeitsbestrebungen der indonesischen Unruheprovinz Papua versicherte die Regierung von Vanuatu, sie respektiere die territoriale Integrität des Vielvölkerstaates Indonesien.

Das Abkommen dient als Rahmenabkommen über zukünftige partnerschaftliche Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen. So bekunden beide Staaten ihr Interesse an der Zusammenarbeit in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bildung, Infrastruktur, Tourismus und Handel und Investment. Auch die Zusammenarbeit der Polizeikräfte bei internationalen Einsätzen ist angedacht. (*Vanuatu Daily Post* 21.12.11, *The Jakarta Post* 09.08.11)

Neue Botschaften?

Der Außenminister von Vanuatu, Alfred Carlot, hat bei dem jährlichen Treffen der im Ausland tätigen vanuatischen Botschafter in Port Vila (Heads of Overseas Missions, HOM) angekündigt, noch in diesem Jahr zwei neue Botschaften zu eröffnen, eine in

der indonesischen Hauptstadt Jakarta und eine in der australischen Hauptstadt Canberra. Carlot erklärte, es ginge einerseits darum, regionale Präsenz in den wichtigen Anrainerstaaten zu zeigen, andererseits sei die multilaterale Kooperation zwischen Vanuatu und den Großmächten im westlichen Pazifik von entscheidender Bedeutung. Zukünftig würden Handel, Tourismus und Investitionen im Ausland im Fokus der Außenpolitik stehen, sagte Carlot. Es sei wichtig, über Stipendienprogramme Ni-Vanuatus im Ausland gut ausbilden zu lassen und diese Fachkräfte dann zum Wohle des Landes nach Vanuatu zurückzuholen. Freundschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten seien daher auch im Sinne eines Fachkräfteaustausches besonders wichtig. (*Vanuatu Daily Post* 26.01.12)

Vanuatu tritt Organisationen bei

Am 2. März tritt Vanuatu offiziell der „Weltorganisation für geistiges Eigentum“ bei. Die „World Intellectual Property Organisation“ (WIPO) wurde am 14. Juli 1967 mit dem Ziel gegründet, Rechte an immateriellen Gütern weltweit zu fördern. Seit 1974 ist sie eine Teilorganisation der Vereinten Nationen. Die WIPO berät auf Anforderung von offiziellen Interessensvertretern bei der Gesetzgebung im Feld des geistigen Eigentums.

Vor dem Beitritt Vanuatus zur WIPO hatte sich der Vizepremierminister Ham Lini Mitte Dezember letzten Jahres mit dem Direktor der WIPO, dem Australier Francis Gurry, im Verwaltungsgebäude der Organisation in Genf getroffen, um über die Vorteile eines Beitritts zu diskutieren. So verwaltet die WIPO etwa 24 Verträge, Beitrittsländer müssen jedoch nicht alle Verträge unterzeichnen. Zu den Verträgen gehören u.a. der Markenrechtsvertrag und die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und der Kunst.

Trotz starker Proteste seitens von Nichtregierungsorganisationen und des traditionellen Rates der Ältesten ist Vanuatu ebenfalls Ende letzten Jahres offiziell als Mitglied in die Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) aufgenommen worden. Diese internationale, ebenfalls in Genf ansässige Organisation beschäftigt sich mit der Regelung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und ist u.a. zuständig für den Handel mit geistigem Eigentum, dem so genannten TRIPS-Abkommen (Trade Related Aspects of Intellectual Property). Die WTO hat derzeit 157 Mitglieder. (<http://www.wipo.int/about-wipo/en/>, *Flash d'Océanie* 22.12.11, *Wikipedia*)

Vorbereitungen für Gipfeltreffen

In Port Vila laufen die Vorbereitungen für den gemeinsamen Gipfel der Europäischen Union mit den Afrika-Karibik-Pazifik (AKP)-Staaten im Juni des Jahres. Der Koordinator des Gipfels, Lenox Vuti, sagte, man liege gut in der Zeit. Noch im Februar werde man mit dem Bau des 800 Plätze umfassenden Konferenzzentrums neben dem „Warwick Le Lagoon Hotel“ in Port Vila beginnen. Die Materialien für dieses pazifikweit größte Konferenzzentrum kommen aus Kalifornien. Aus den USA kommen auch die Ingenieure und Techniker, die den Bau des Zentrums beaufsichtigen sollen.

Vuti erklärte, es gäbe regelmäßige Planungstreffen des Koordinierungskomitees für das Gipfeltreffen. Man habe fast alle großen Unternehmen und Organisationen ins Boot geholt. Es fehle nur noch an der Einbindung des Gesundheitsdienstes und des Krankenhauses, damit die ärztliche Versorgung der rund 600 Teilnehmenden des EU/AKP-Gipfels im Falle eines Falles gewährleistet ist. Vuti erklärte weiter, dass man rund um das Warwick Hotel etwa 60 Messestände aufbauen werde, wo sich Firmen und (Nichtregie-

rungs-)Organisationen mit Infotischen vorstellen können. Das Gipfeltreffen sei auch ein Zugpferd für die Wirtschaft und den Tourismus. „Air Vanuatu“, die einheimische Fluggesellschaft, verspricht sich durch den Transport der Teilnehmenden aus Australien und Neuseeland nach Vanuatu ein ebenso gutes Geschäft wie der Tourismussektor. Vuti sucht dennoch nach weiteren Sponsoren für das Treffen. China z. B. lieferte bereits 60 Luxuslimousinen für den Transport der hochrangigen Regierungsvertreter aus aller Welt. (*Vanuatu Daily Post* 16.02.12)

Probleme mit Marihuana-Konsum

Ein *chief* des Dorfes Banban auf der Insel Santo hat sich mit der Bitte um Unterstützung an die lokale Presse und die Polizei gewandt. Die Sozialstrukturen des Dorfes brächen auseinander, weil junge Menschen abhängig von der dort angebauten Marihuana-Pflanze wären, sagte der besorgte Älteste. Die Jugendlichen verkauften nicht nur private Dinge im Tausch gegen die Droge, sondern böten auch traditionelles Land zum Kauf an. Es sei eine ganze Marihuana-Kultur im Dorf entstanden, sagte der *chief* weiter. Jugendliche benützten ihre eigene Sprache, sonderten sich zusehends von der Gemeinschaft ab und täten im Drogenrausch verrückte Dinge.

In seinem Brief an die „Daily Post“ in Port Vila bat der *chief* andere Klanchefs um Unterstützung und Beratung. Er forderte zudem die Regierung auf, sich mit Hilfe von Bildungs- und Freizeitangeboten um die Jugendlichen zu bemühen, damit diese eine berufliche Zukunft hätten und nicht drogensüchtig würden.

Info: Marihuana (im Volksmund „Gras“) bezeichnet die getrockneten harzhaltigen weiblichen Blütenstände und Blätter der Hanfpflanze, die als Droge („Cannabis“) konsumiert werden.

In Deutschland sind laut Betäubungsmittelgesetz (BtMG) Anbau, Herstellung, Handel, Einfuhr, Ausfuhr, Abgabe, Veräußerung, sonstige Inverkehrbringung und Erwerb von allen Pflanzenteilen und Saatgut von Hanf strafbar bzw. genehmigungspflichtig. In den Pazifikländern ist der Anbau von Marihuana ebenfalls verboten. De facto wird aber vor allem in höher gelegenen Regionen einiger Inselstaaten Hanf angebaut, die Droge wird dann als Tauschmittel eingesetzt, z. B. in Papua-Neuguinea gegen Waffen. (*Vanuatu Daily Post* 06.02.12)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Neues Gesetz zur Einstellung lokaler Arbeitskräfte

Im Juli 2010 hatte der neukaledonische Kongress einstimmig einen neuen Gesetzestext mit dem Titel „Schutz, Förderung und Unterstützung des lokalen Arbeitsmarktes“ angenommen. Seit dem 22. Februar 2012 ist das Gesetz nun in Kraft. Es sieht vor, dass Arbeitgeber neukaledonische Bürger bei gleicher Qualifikation und Eignung bevorzugt einstellen müssen. Zweitens ermöglicht das Gesetz Lebenspartnern neukaledonischer Bürger einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt. Lebenspartner, verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft (PACS), werden als dauerhaft in Neukaledonien lebende Personen angesehen. Sie werden Personen gleichgestellt, die bereits länger als zehn Jahre in Neukaledonien ansässig sind.

Das neue Gesetz enthält zudem eine zweite Schutzstufe für neukaledonische Bürger. Für Berufe, die nur eine geringe Qualifikation erfordern, wird Personen, die bereits länger als zehn Jahre in Neukaledonien ansässig sind, ein Einstellungsrecht eingeräumt, wenn kein neukaledonischer Bürger eingestellt werden konnte. Für Berufe, bei denen ein gewis-

ser Mangel besteht, wurde die Aufenthaltsdauer der Personen, die ein Einstellungsrecht genießen, auf fünf Jahre herabgesetzt. Bei Berufen, die einen großen Mangel an Arbeitskräften aufweisen, beträgt die Aufenthaltsdauer nur noch drei Jahre. Und bei Berufen mit extremem Mangel kann die Aufenthaltsdauer weniger als drei Jahre betragen.

Eine Paritätskommission wurde eingerichtet, an die sich Arbeitgeber wenden können, um eine Karenz des lokalen Arbeitsmarktes feststellen zu lassen. In Streitfällen übernimmt die Kommission auch die Funktion eines Schiedsgerichtes. (*Les Nouvelles Calédoniennes*, 23. Februar 2012, Übersetzung und Zusammenfassung von Pazifik-Netzwerkmittglied Matthias Kowasch, Nouméa)

Eine Förderabgabe für Nickelprodukte?

Die von der französischen Regierung mit dem Nickeldossier beauftragte Anne Duthilleul hat am 24. Februar 2012 in Nouméa ihren Abschlussbericht vorgestellt. Ohne wirklich innovative Ideen enthält der Bericht trotz alledem einige Vorschläge, die der strategischen Herausforderung gerecht werden. Von der Gewerkschaft „Usoenc“ (Union des syndicats des ouvriers et employés de Nouvelle-Calédonie) seit langem gefordert, scheint Duthilleul einer Förderabgabe nicht abgeneigt zu sein. Um den lokalen Nutzen des Nickelbergbaus zu optimieren, schlägt sie die Einführung einer Abgabe vor. Diese Abgabe würde sich nach der geförderten und abgesetzten Nickelproduktion richten. Sollte der Nickelpreis auf dem Weltmarkt unter eine bestimmte Summe fallen, würde die Abgabe wegfallen, um die Bergbauaktivitäten „während einer Konjunkturlaute nicht mit Schulden zu belasten“.

Zukünftige Gesetzestexte müssen noch die Details der Abgabe festlegen (Höhe der Abgabe, Preisschwelle für Nickelprodukte

auf dem Weltmarkt, etc.). Die Abgabe könnte zudem in die aktuelle Diskussion zur Steuerreform, die den kühnsten Voraussagen zufolge bereits 2013 in Kraft treten soll, einfließen.

Anne Duthilleul schlägt in ihrem Bericht zudem einen „Fonds für künftige Generationen“, eine Art Nachhaltigkeitsfonds, vor. Dieser Fonds könnte unter anderem von der Nickelabgabe profitieren. Ziel des Fonds ist es, die Bergbauaktivitäten durch Entwicklungsprojekte zu begleiten und die Zeit nach dem Nickelbergbau vorzubereiten.

Abschließend erwähnt Duthilleul die Möglichkeit, eine neue Fabrik an der Ostküste der Hauptinsel „Grande Terre“ zu bauen. Eine Metallverarbeitungsfabrik mit einer jährlichen Produktion von 10.000 Tonnen wäre nach ersten Forschungsergebnissen „realisierbar“. Allerdings ist dieses Projekt mit Vorsicht zu genießen, da der finanzielle Aufwand einem Bau entgegenstehen könnte.

(Les Nouvelles Calédonniennes, 25.02.12, Übersetzung und Zusammenfassung von Pazifik-Netzwerkmittglied Matthias Kowasch, Nouméa)

MIKRONESIEN

Schutz vor invasiven Spezies

Mikronesien: Das amerikanische Verteidigungsministerium hat anlässlich der geplanten Verlegung amerikanischer Soldaten aus Okinawa (Japan) nach Guam und auf die Nördlichen Marianen einen Plan zum Schutz der einheimischen Flora und Fauna vor eingeschleppten Schädlingen und invasiven Tieren entwickelt, den so genannten „Micronesia Biosecurity Plan“ (MBP). Der Plan bezieht sich auf folgende Länder in Mikronesien: Palau, Guam, die Nördlichen Marianen, die Marshallinseln und die Föderierten Staaten.

Amerikanische Wissenschaftler sollen die Einfuhr von nicht in Mikronesien endemischen Pflan-

zen und Tieren verhindern und dafür sorgen, dass keine die Sol-
daten gefährdenden Tiere auf die Inseln gelangen.

Mitwirkende bei der Umsetzung des Planes sind verschiedene amerikanische Behörden unter der Aufsicht des Verteidigungsministeriums, so etwa das Landwirtschaftsministerium, das „U.S. Geological Survey“, das Smithsonian Institute und der „National Invasive Species Council“. Die Organisationen arbeiten vor Ort eng mit den staatlichen Behörden wie dem Hafenamts, den Industrie- und Handelskammern, dem Zoll und den Quarantäneeinrichtungen zusammen.

Ziel des MBP ist es, die Biodiversität auf den Inseln zu bewahren, die „Biosecurity“ zu sichern und die Inseln vor dem Eindringen fremder Arten zu schützen. Die Umsetzung des Planes gliedert sich in verschiedene Abschnitte. Mit Abschnitt 1, der Identifizierung möglicher Risiken für die mikronesischen Inseln durch invasive Spezies zu Land und im Wasser, wurde in Guam und Palau bereits begonnen. Allein für diese erste Phase des Planes hat das US-Verteidigungsministerium 2,7 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. *(Palau Island Times, 19.01.12, http://www.doi.gov/NISC/global/international_cooperation/documents/MicronesiaBiosecurityPlanonepager0909v2)*

Gesetz zu erneuerbaren Energien verabschiedet

Palau: Anfang Januar hat der Senat von Palau den „Palau Net Metering Act“ verabschiedet. Das neue Gesetz ermöglicht Endverbrauchern, ihren Strom selbst über Solarpaneele oder Windkrafträder zu produzieren und die nicht im Privathaushalt verbrauchte Energie in das öffentliche Energieversorgungsnetz der „Palau Public Utility Corporation“ einzuspeisen. Der Stromversorger muss für die von privat eingespeiste Energie bezahlen. Kunden müssen zwar gewisse Sicherheitsvorkehrungen treffen,

um auf ihrem Grundstück Solarstrom zu erzeugen, die formalen Rahmenbedingungen dazu wurden aber extrem weit gefasst.

Der palauische Präsident Johnson Toribiong erklärte, das neue Gesetz solle die Menschen ermutigen, Strom selbst zu produzieren. Mit jedem Solarpanel verringere sich die Abhängigkeit des Inselstaates vom Import fossiler Brennstoffe. Die Nutzung erneuerbarer Energien sei auch ein wichtiger Schritt für mehr Klimaschutz, erklärte der umweltpolitisch sehr engagierte Präsident, der auch zu den Unterzeichnern des mikronesischen Rahmenabkommens über die Nutzung erneuerbarer Energien in Mikronesien gehört, dem „Green Energy Micronesia“.

Der Präsident verspricht sich von dem neuen Gesetz RPPL No. 8-39 auch einen wirtschaftlichen Nutzen, so etwa Investitionen in erneuerbare Energien und ein allgemeines Wirtschaftswachstum.

Die Regierung geht bei der Nutzung von Solarenergie voran und nutzt Solarstrom bereits im Regierungsgebäude „Capitol“, im Krankenhaus von Koror, im Bildungsministerium und auf dem Flughafen. *(Palau Island Times 09.01.12, Islands Business 11.08.10)*

Palauisch-Monegassisches Abkommen

Palau: Der palauische Präsident Johnson Toribiong und Prinz Albert II. von Monaco haben Anfang Februar eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, in der sie sich für den Schutz ihrer Küstengewässer und die nachhaltige Bewirtschaftung der Exklusiven Ökonomischen Zone beider Kleinstaaten aussprechen.

Toribiong war auf Einladung des Prinzen vom 5. bis 8. Februar nach Monaco gereist. Begleitet wurde er u.a. von Stuart Beck, dem ständigen Vertreter Palaus in den Vereinten Nationen sowie von Eliot Cutler, dem präsidentiel-

len Berater für nachhaltige Entwicklung.

Prinz Albert hatte erstmals die Delegation aus Palau in das Fürstentum eingeladen. Mit dieser Geste wolle er seine Hochachtung vor dem Umweltschutzengagement des pazifischen Inselstaates kundtun, erklärte ein Sprecher des Fürsten. Palau hat vor einiger Zeit seine Gewässer zum weltweit ersten Walschutzgebiet deklariert und macht sich seit Jahren bei den Vereinten Nationen für den Klimaschutz stark.

In der palauisch-monegassischen Erklärung heißt es, beide Kleinstaaten hätten gleiche Ansichten über die Bedeutung von Tiefsee- und Küstenschutz und sähen die Einrichtung von Marineschutzgebieten positiv zur Bewahrung der Biodiversität. Präsident Toribiong und Prinz Albert sprachen auch über die Möglichkeit der (finanziellen) Zusammenarbeit. So kann sich Prinz Albert ein Engagement der von ihm ins Leben gerufenen Umweltstiftung beim Meeresschutz in Palau vorstellen. Im Gegenzug dazu überlegt Toribiong den Beitritt seines Staates zur „Monaco Blue Initiative“.

Die erfolgreichen Gespräche zwischen der palauischen Delegation und weiteren monegassischen Organisationen wie der Industrie- und Handelskammer gipfelten in der feierlichen Eröffnung eines palauischen Konsulats in Monaco. Botschafter Palaus für Monaco ist Alan Callan.

Info: Das nur zwei Quadratkilometer kleine Fürstentum Monaco an der Mittelmeerküste ist der zweitkleinste Staat der Welt. Er wird seit 1419 ohne Unterbrechung von der Familie Grimaldi regiert. Monaco hat rund 30.500 Einwohner, offizielle Staatssprache ist Französisch, doch sprechen die Einwohner auch ihre eigene Sprache, das Monegassisch. Das Land lebt von Touristen, die wegen des milden Klimas und des berühmten Spielcasinos in Monte Carlo kommen.

Mit 459 Quadratkilometern ist die mikronesische Republik Palau im Westpazifik flächenmäßig zwar wesentlich größer als Monaco, jedoch von der Einwohnerzahl her (ca. 21.000) kleiner.

(*Palau Island Times* 10.02.12, *CIA World Factbook*, <http://www.biomarine.org/home/partner-events/monaco-blue-initiative-2011/>)

Weniger Soldaten

Guam: Sehr zur Freude traditioneller Landeigner werden nicht wie bisher kommuniziert 8.000 Soldaten auf die US-amerikanische Marine-Basis in Guam verlegt, sondern nur 4.700. Eigentlich wollte die Marine 680 Acres Land (ca. 276 Hektar) entlang der Bundesstraße 3 nahe der bisherigen Finegayan Base aufkaufen, um dort Unterkünfte für die aus dem japanischen Okinawa verlegten amerikanischen Soldaten zu bauen. Nun wird weit weniger Land zum Bau von Unterkünften und neuen militärischen Einrichtungen benötigt als angenommen. Die für Guam im US-Repräsentantenhaus sitzende Madeleine Bordallo von den Demokraten erklärte, die Überlegungen zur Umstrukturierung der bisherigen Marinebasis seien auch noch nicht abgeschlossen. Es könne sein, dass die Soldaten nur für kurzfristige Einsätze in einem rotierenden System nach Guam kämen. Dann würden diese Soldaten jedoch ohne Familienangehörige Dienst tun und somit würde auch weniger Wohnraum benötigt.

Gary Hiles, Wirtschaftswissenschaftler im Ministerium für Arbeit und Soziales, erklärte, auch mit weniger Soldaten würde es zu einem wirtschaftlichen Aufschwung auf Guam kommen. Vor allem für den Bausektor erwartet Hiles viele neue Aufträge. Die Ankunft der Soldaten sei auch eine gute Gelegenheit, das marode Abwassersystem auf Guam zu modernisieren und Infrastrukturmaßnahmen wie die Ausbesserung von Straßen durchzuführen.

Info: Guam ist ein nichtinkorporiertes Territorium der USA im Westpazifik. Wichtiger als der Marinestützpunkt ist für die amerikanische Armee der Luftwaffenstützpunkt „Andersen Air Force Base“ in der bevölkerungsreichsten Siedlung Dededo an der Nordspitze der Insel. Die Insel besitzt für die USA eine große strategische Bedeutung. Rund ein Drittel von Guam wird von Einrichtungen der Marine und der Luftwaffe eingenommen. Die Andersen AFB dient als vorgeschobene Logistik- und Nachschubbasis, wichtig ist sie bei Übungen im und Truppenverlegungen in den Südwestpazifik oder Indischen Ozean. Dort stationiert sind die 634th Air Mobility Support Squadron, die 33rd Rescue Squadron und die 40th Exp. Maintenance Sq sowie das 36th Air Base Wing/Air Expeditionary Wing, das bis Anfang der 1990er Jahre als Tactical Fighter Wing auf der früheren Bitburg Airforce Base in der Eifel stationiert war.

(<http://guammilitarybuildup.blogspot.com/>, *Marianas Variety* 09.02.12, *Guam Pacific Daily News* 10.02.12, <http://www.guambuildup.com/>, *Wikipedia*)

Mehr Chamorro in Schulen

Guam: In Guam sind Diskussionen über das im letzten Jahr verabschiedete Gesetz 31-45 entbrannt. Der Senat hatte im vergangenen Jahr entschieden, die einheimische Sprache Chamorro ab der siebten Klasse verpflichtend für alle Schulformen einzuführen. Das Gesetz sollte mit dem Schuljahr 2013/2014 in Kraft treten. Nun hat das Bildungsministerium jedoch Zahlen veröffentlicht, wonach die Implementierung des Gesetzes bis zu elf Millionen US-Dollar kosten könnte, da es derzeit einen eklatanten Mangel an Chamorro-sprachigem Lehrpersonal in Schulen gibt.

Die Senatoren, die davon ausgegangen waren, dass die Implementierung des Gesetzes ohne größere Kosten vonstatten gehen könnte, zeigten sich jetzt enttäuscht. Man habe wohl schlichtweg die Kosten für das neue Ge-

setz im Haushaltsplan vergessen und nun müsse man nachbessern, hieß es seitens des „Bureau of Budget and Management Research“.

Konsens scheint zu bestehen über die Implementierung des Gesetzes, denn alle Entscheider in der Regierung befürworteten die Weitergabe des kulturellen und sprachlichen Erbes der Ureinwohner Guams an nachfolgende Generationen. Unklar scheint aufgrund der neuesten Entwicklung nun, wann das Gesetz eingeführt werden kann. Das Bildungsministerium zweifelt die Einführung im Jahr 2013 an, da es sowohl zu wenige Lehrer gäbe als auch die Akzeptanz in der Bevölkerung für Extrastunden im Chamorro noch sehr gering sei.

Info: Chamorro ist eine west-malayo-polynesischsprachige und gehört damit zu den austronesischen Sprachen. Gesprochen wird Chamorro auf den Nördlichen Marianen und auf Guam (ca. 62.500 Sprecher), doch auch in den USA gibt es Chamorro-Sprecher. Chamorro ist neben Englisch die Amtssprache auf Guam. In den letzten Jahrzehnten ist die Zahl der Chamorro-Sprecher insgesamt zurückgegangen, verschiedene Kampagnen bemühen sich, dagegen zu wirken. (*Pacific Daily News* 10.01.12, *Wikipedia*)

Neuer Präsident

Marshallinseln: Am 3. Januar wurde der Senator des Atolls Ailinglaplap, Christopher Jorebon Loeak, zum neuen Präsidenten der Marshallinseln gewählt. Die 33 Abgeordneten im Parlament (Nitijela) wählten bei einer Enthaltung den neuen Präsidenten mit 21 zu 11 Stimmen. Zum Sprecher des Parlaments wurde Donald Capelle gewählt, zum Vize-Sprecher Tomaki Juda. Beide erhielten 20 zu 13 Stimmen.

Der scheidende Präsident und einzige Gegenkandidat in der Präsidentschaftswahl, Jurelang

Zedkaia, sprach Loeak sein Vertrauen aus und bot ihm Rat und Unterstützung bei der Regierungsführung an.

Wenige Tage nach der Amtseinführung ernannte Loeak das neue Kabinett, das aus zehn Ministern besteht. Politikveteran Tony deBrum wurde zum Vizepremier ernannt, Phillip Muller zum Außenminister. Überraschend erhob Loeak auch zwei Neulinge in Ministerämtern. Wilbur Heine, bis dato leitender Mitarbeiter im Innenministerium, wurde zum Innenminister ernannt. Der stellvertretende Oberkommandierende der Polizei, Thomas Heine, wurde Justizminister. Die einzige Frau im Kabinett ist Dr. Hilda Heine, die zur Bildungsministerin ernannt wurde.

Info: Loeak wurde am 11. November 1952 auf Ailinglaplap geboren. Er studierte Jura in den Vereinigten Staaten und am „Hawaii Pacific College“. Bereits seit 1985 ist Loeak Mitglied der Nitijela, von 1988 bis 1992 war er Justizminister, anschließend bis 1996 Sozialminister. 1998 wurde Loeak zum Minister für die Ralik-Kette ernannt, eine Inselkette im Westen der Marshallinseln. Seit 1999 war Loeak auch stellvertretender Präsident. Christopher Loeak ist Träger eines hochrangigen Titels (iroij). Er ist verheiratet mit Lady Anono Loeak und hat drei Kinder. (*Marshall Islands Journal* 06.01.12, 10.01.12, 20.01.12, <http://www.topix.com/world-leaders/christopher-loeak>)

Diabetes-Kurse an Schulen

Marshallinseln: Im Kampf gegen die hohe Zahl an Diabetes-Erkrankungen hat das medizinische „Wellness Center“ in Majuro eine Sport-Initiative in Realschulen und Gymnasien (High Schools) entwickelt. Rund 1.500 Schülerinnen und Schüler haben nun zusätzlichen Sportunterricht sowie Ernährungsberatung durch die Krankenschwestern des Zentrums. Der Direktor des medizinischen Versorgungszentrums, Denis Yates, sagte, Sport sei nur

ein Mittel zur Reduzierung der Diabetes-Erkrankungen. Mindestens ebenso wichtig sei die Ernährung. Hier gehe es darum, den Bewohnern der Marshallinseln den Konsum einheimischer Nahrungsmittel wie Brotfrucht, Pandanus und Kokosnuss im wahrsten Sinne des Wortes wieder schmackhaft zu machen. Um sich gesund zu ernähren, müsse man nicht auf importierte Lebensmittel wie Tomaten oder Salat zurückgreifen, erläuterte Yates. Auf den Inseln gäbe es alles, was zu einer ausgewogenen Ernährung beitrage.

Yates nannte die hohe Zahl an Diabetes-Kranken die „größte Krise des Landes“. Neun von zehn stationär behandelten Krankenhauspatienten litten an der „Zuckerkrankheit“, jährlich gäbe es 60 bis 90 Amputationen bei Menschen im mittleren Alter (40 bis 50 Jahre alt). In der Statistik von 2011 seien 5.000 Diabetes-Kranke erfasst, im Jahr 2009 seien es nur 1.700 Menschen gewesen. Nicht zu unterschätzen seien auch die hohen Kosten für das öffentliche Gesundheitssystem. Ein Diabetes-Kranker benötige im Laufe des Lebens Medikamente, Operationen und pflegerische Betreuung in Höhe von rund 375.000 US-Dollar, erklärte Yates. (*Marshall Islands Journal* 10.02.12)

Erste Tiefseebergbaulizenz außerhalb der EEZ erteilt

Nauru: Als erster Pazifikstaat hat Nauru von der „International Seabed Authority“ (ISA) eine Lizenz zum Tiefseebergbau außerhalb der eigenen Exklusiven Ökonomischen Zone (EEZ) erhalten. Innerhalb einer 200-Meilen-Zone rund um die Küstenlinie haben die Staaten die Hoheit über die Gewässer und alles, was darin ist. Außerhalb der 200-Meilen-Zone verwaltet die ISA mit Sitz in Kingston (Jamaika) die internationalen Gewässer, im Fachjargon genannt „International Seabed Area“, kurz „Area“. Eine Lizenz zum Abbau von Boden-

schätzen in internationalen Gewässern kann einzig und allein die ISA erteilen. Sie beschäftigt sich mit der Meeresforschung, insbesondere mit den Regeln, Vorschriften und Verfahren zur Exploration und Ausbeutung der Meeresressourcen.

Die erste Abbau-Lizenz für den Pazifischen Ozean ging Mitte Februar an die „Nauru Ocean Resources Incorporation“ (NORI), einem Zusammenschluss zweier Stiftungen, nämlich der „Nauru Health and Environment Foundation“ und der „Nauru Education and Training Foundation“. NORI darf damit in einem abgesteckten Claim außerhalb der Exklusiven Ökonomischen Zone in einer Tiefe von fünf Kilometern mit dem Abbau von Mangan, Kobalt, Kupfer und Nickel beginnen. Robert Heydon, der Vizepräsident von NORI, erklärte, man werde sich ab Mitte des Jahres in einem ersten Schritt erstmal mit Hilfe von Robotern und Ultraschallbildern einen Überblick über die Bodenschätze verschaffen.

Info: In Folge des Inkrafttretens des internationalen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen im Jahr 1994 entstand eine Behörde zum Schutz der Meeresböden in der Tiefsee. Die „International Seabed Authority“ kümmert sich um alle jene Teile des Meeresbodens, auf die kein einzelner Staat Anspruch erhebt, also um alles außerhalb der 200 Seemeilenzone, wo rechtlich die hohe See beginnt. Staaten können allerdings das ihnen zugeschlagene Gebiet auf Antrag erweitern, bei den Vereinten Nationen gibt es dafür eigens eine „Festlandsockelgrenzkommision“. Streng genommen hat Nauru für diese erweiterte Zone eine Lizenz bekommen, womit das Abbaugelände in gewisser Weise doch wieder zur Exklusiven Ökonomischen Zone gehört.

Die „Seeboden-Behörde“ ist mit 40 Mitarbeitern eine kleine Behörde der UN, die zwischen Wirtschaftsinteressen und Umweltschutz angesiedelt ist.

(<http://www.sopac.org/index.php/media-releases/1-latest-news/378-deep-seabed-minerals-licence-for-nauru>-
<http://www.isa.org.jm/en/home>, PNG Mine Watch 13.02.12)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Schriftsteller wird Matai

Samoa: Der samoanische Schriftsteller und Künstler Professor Albert Wendt hat Ende Januar den höchstrangigen Matai-Titel des Dorfes Malie zugesprochen bekommen. Wendt war in sein Heimatdorf gereist, um nach eigenem Bekunden „*rebuilding and strenghtening our family ties in the village*“. Im Rahmen einer traditionellen Zeremonie (Saofai) erhielt der 72-jährige pensionierte Literaturprofessor den Matai-Titel „Maulaivao“. Dieser Titel war in den letzten zehn Jahren vakant, da sich kein würdiger Nachfolger des verstorbenen Titelträgers finden ließ.

Am Rande der feierlichen Zeremonie im Beisein der Großfamilie und der Bewohner von Malie sagte Wendt, er habe nie Matai werden wollen, weil er um die anstrengenden Verpflichtungen und Dienste dieser Titelträger wüsste. Allerdings habe er sich den Wünschen seiner Familie (aingā) nicht mehr länger entziehen können. Es sei sicher schwierig, das verantwortungsvolle Amt auch aus der Ferne wahrzunehmen, aber er wolle sich in Malie ein Haus bauen und öfter zu Besuch kommen. Wendt lebt mit seiner Ehefrau, der Professorin und Schriftstellerin Reina Whaitiri, und seinen drei Kindern Sina, Mele und Michael, in Auckland/Neuseeland. (*Samoa Observer* 29.01.12)

Samoaer auf dem Weg in den Sudan

Samoa: Erstmals werden acht samoanische Polizisten im Sudan eingesetzt. Die jeweils vier Männer und vier Frauen absolvieren derzeit noch einen vorbereitenden Lehrgang in den USA, ab Februar werden sie im Rahmen der Friedensmission der Vereinten Nationen im Südsudan ihren Dienst ableisten.

Info: Der Südsudan ist seit einem Referendum im Juli 2011 unabhängig. Das Mandat der UNMIS (United Nations Mission in Sudan) wurde am 11. Juli 2011 mit der Resolution 1997 des UN-Sicherheitsrates zum 9. Juli 2011 beendet, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung des Südens. Im Mai begann die UNMIS mit dem Abzug von Personal und Ressourcen aus dem Norden.

Auf Bitte der Regierung des unabhängigen Südsudan beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Nachfolgemission UNMISS, die United Nations Mission in the Republic of South Sudan.

Derzeit (Stand: September 2011) ist Deutschland mit 12 Soldaten der Bundeswehr beteiligt. Das am 29. September 2011 vom Deutschen Bundestag beschlossene Mandat, das bis zum 15. November 2012 gültig ist, sieht eine Mandatsobergrenze von 50 Soldaten vor.

Folgende weitere Pazifikstaaten haben Personal in die UNMISS entsandt, überwiegend Polizisten und Soldaten: Australien, Neuseeland, Fidschi, Papua-Neuguinea und Timor-Leste. (<http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/unmiss/>, *Flash d'Océanie* 13.01.12, Wikipedia)

Niue verlangt tapa zurück

Niue: Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die Regierung von Niue um die Rückgabe zweier kostbarer tapa-Bahnen, die 2001 für eine pazifische Kunstausstellung nach San Francisco entlie-

hen worden waren. Die Kunstwerke waren damals an Fuifuilupe Niumeitulu, eine in den USA lebende tongaische Dichterin und Wissenschaftlerin geschickt worden. Briefe und E-Mails an Niumeitulu mit der Bitte um Rückgabe der für die Niueaner kostbaren Werke blieben unbeantwortet, bis sich der neuseeländische Nachrichtensender ONE News der Sache annahm. Diesem antwortete Niumeitulu nach Monaten. Sie erklärte in einer E-Mail, die pazifischen Kunstwerke aus der besagten Visual Arts-Ausstellung seien alle nicht zurückgeschickt worden und lagerten nun in diversen Magazinen von Museen im Großraum von San Francisco. Sie habe jedoch Zugang zu einer tapa-Bahn der niueanischen Künstlerin Koren Cross und sie werde sich bemühen, diese nach Niue zu schicken, wenn Cross' Familie für die Transportkosten aufkäme. (ONE News 18.02.12)

Starker Bevölkerungsrückgang

Cookinseln: Eine im Dezember letzten Jahres durchgeführte Volkszählung hat einen Bevölkerungsschwund von 8,1 % in den letzten fünf Jahren ergeben. Am 1. Dezember befanden sich laut Volkszählung 17.791 Menschen - Touristen eingeschlossen - auf den Cookinseln. Der Leiter des Statistikamtes, Taggy Tangimetua, erklärte, diese Zahl sei nicht repräsentativ, denn im Dezember befänden sich traditionell mehr Menschen auf den Inseln. Es handele sich dabei um im Ausland lebende Cook-Insulaner, die über die Weihnachtsfeiertage ihre Angehörigen besuchten. Man könne also von noch weniger Einwohnern ausgehen, sagte Tangimetua. Er begründete den Bevölkerungsrückgang mit mangelnden Bildungs- und Berufsaussichten auf den Inseln, die überwiegend vom Tourismus und der Zucht schwarzer Perlen leben.

Das Bevölkerungswachstum der Cookinseln lässt sich seit der

Volkszählung von 2001 bis 2006 somit auf durchschnittlich 3,4 % schätzen, die dauerhaft auf den Cookinseln wohnhafte Bevölkerung nimmt jährlich um durchschnittlich 4,7 % ab. Kein anderer unabhängiger Staat hat einen größeren Bevölkerungsrückgang. Die meisten Cook-Insulaner leben in Neuseeland. Die letzte Volkszählung 2006 in Neuseeland ergab, dass die Cook Islands Maori die zweitgrößte ethnische Gruppe in Neuseeland sind mit 58.011 Menschen. Die größte Gruppe stellen mit 131.103 Menschen die Samoaner.

(<http://www.stats.govt.nz/Census/2006CensusHomePage/QuickStats/quickstats-about-a-subject/pacific-peoples/pacific-people-population.aspx>, Radio NZ. Intern. 27.12.12)

Nationaler Jugendrat besorgt um Selbstmordrate

Cookinseln: Die Präsidentin des „Cook Islands National Youth Council“, Nukutau Pokura, äußerte sich besorgt über den Anstieg der Selbstmordrate kurz vor Weihnachten. Sie erklärte das Thema Suizid zur Priorität für das Jahr 2012. Pokura erklärte, sie wolle eine Taskforce mit Vertretern verschiedener Gruppen gründen, die sich des Problems annehmen solle. In ihr Team will die engagierte Jugendarbeiterin Eltern, Lehrer, Ärzte, die Kirche und die Regierung mit einbeziehen. Wichtig sei es, Profis mit an Bord zu holen, die sich mit den Hintergründen der hohen Selbstmordrate unter Jugendlichen auskennen. Es sei an der Zeit, nicht mehr nur auf die Suizide zu reagieren, sondern man müsse pro-aktiv auf gefährdete Jugendliche zugehen. Pokura will mit Unterstützung der Taskforce ein Bewusstseinsprogramm auflegen, um für das Thema zu sensibilisieren.

Allein in den letzten sechs Monaten haben sich auf den Cookinseln sieben junge Menschen das Leben genommen. (Cook Islands News 31.01.12)

Aufenthaltsstatus verändert

Cookinseln: Anfang des Jahres hat der Vertreter der britischen Königin Elisabeth II., Sir Frederick Tutu Goodwin, bei einer feierlichen Zeremonie im „National Auditorium“ in der Hauptstadt Avarua 74 Personen eine ständige Aufenthaltserlaubnis (permanent residency) überreicht. Da die Cook-Insulaner über keine eigene Staatsbürgerschaft verfügen, sondern wegen des assoziierten Status mit Neuseeland die neuseeländische Staatsbürgerschaft haben, kommt diese Aufenthaltserlaubnis einer Einbürgerung gleich. Die Erlaubnis wurde 74 Ehepartnern erteilt, die länger als fünf Jahre auf den Cookinseln leben. Die älteste Neubürgerin ist über 80 Jahre alt und seit den 1950er Jahren mit einem Mann von den Cookinseln verheiratet. Bis dato hatte sie nur eine Aufenthaltserlaubnis. (Cook Islands News 19.01.12)

Erneute Auszeichnung für Hotelkette

Cookinseln: Bereits zum wiederholten Mal sind zwei Hotels der „Pacific Resort“-Hotelgruppe bei der jährlichen Verleihung der „World Travel Awards“ in Qatar ausgezeichnet worden.

Das „Pacific Resort“ auf der Insel Aitutaki gewann bei dem Wettbewerb in Doha bereits zum vierten Mal in Folge den ersten Preis in der Kategorie „World's Leading Boutique Islands Resort“. Das zur gleichen Hotelkette gehörende Hotel „Te Manava Luxury Villas & Spa“ an der Muri-Lagune auf der Insel Rarotonga bekam zum zweiten Mal in Folge den ersten Preis in der Kategorie „World's Leading Island Villas“.

Der Geschäftsführer der Hotelkette „Pacific Resort“, Greg Stanaway, erklärte, die Preise seien die „ultimative“ Ehrung der Hotels und gereichten den Cookinseln sehr zur Ehre.

Info: Seit 1993 werden alljährlich die "World Travel Awards" für besondere Leistungen in der Reise- und Tourismusbranche verliehen. Sie gelten als „Oscar der Tourismus-Industrie“. Im Jahr 2011 nahmen mehr als 210.000 Reisebüros, Tourismusorganisationen und touristische Leistungsträger in mehr als 160 Ländern der Erde an dem online-Voting in etwa 1.000 Kategorien teil, um die besten Hotels, Reiseveranstalter, Kreuzfahrtreedereien und Airlines zu bestimmen. Die Gala zur Verleihung der „World Travel Awards“ fand Mitte Januar im „Katara Cultural Village“ in Doha statt. (*Radio Nz. Intern. 15.01.12, www.worldtravelawards.com, http://www.temanava.com/*)

Tong wiedergewählt

Kiribati: Anote Tong ist zum dritten Mal in Folge als Präsident Kiribatis gewählt worden. Nach den Parlamentswahlen im Oktober letzten Jahres hatte sich das 44-sitzige Parlament auf drei Präsidentschaftskandidaten geeinigt. Bei den Wahlen in der zweiten Januarwoche vereinte Tong 42 % aller Stimmen auf sich, seinen größten Herausforderer Tetaua Taitai schlug er um mehr als 2.000 Wählerstimmen. Rimeta Beniamina landet weit abgeschlagen auf dem dritten Platz.

Der studierte Wirtschaftswissenschaftler Anote Tonga war erstmals im Juli 2003 zum Präsidenten gewählt worden. Damals war er angetreten, um das Land aus der wirtschaftlichen Misere zu führen. In den letzten Jahren hat Tong sich als engagierter Kämpfer für den Klimaschutz auf internationaler Bühne einen Namen gemacht. Er sprach zu Fragen des Klimawandels bereits mehrfach vor den Vereinten Nationen und bei den Klimakonferenzen COP.

Tong ist Parteivorsitzender der „Boutokaan Te Koaua Party“ (dt. Säulen der Wahrheit). Mit der diesjährigen Wahl steht auch bereits das Ende seiner Präsidenten-

schaft fest, denn nach der vierjährigen Amtszeit kann Tong verfassungsgemäß nicht ein viertes Mal zur Wahl antreten.

Anote Tong wurde am 11. Juni 1952 als Sohn eines Chinesen und einer I-Kiribati auf Maiana (Kiribati) geboren. Er hat einen Abschluss von der „London School of Economics“. Tong ist verheiratet mit der I-Kiribati Nei Meme, das Paar hat sieben Kinder. (*Radio Nz. Intern. 12.01.12, Wikipedia*)

Kiribati eruiert Tiefseebergbau

Kiribati: Um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Fischfang zu reduzieren, sucht die Regierung von Kiribati nach neuen Einnahmequellen für die rund 200.000 Einwohner der Atollrepublik im Herzen des Pazifiks. Tearinaki Tanielu, Geologe im Ministerium für Fischerei und marine Ressourcen, erklärte, Tiefseebergbau und die Erschließung der Tiefsee seien zwar Optionen, doch müsse das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlichem Gewinn und Umweltzerstörung gewahrt bleiben. Man müsse das schützen, wovon die Vorfahren seit tausenden von Jahren gelebt hätten, betonte Tanielu. Man wisse bereits aus Voruntersuchungen in den 1960er Jahren, dass es in der Exklusiven Ökonomischen Zone der Inselrepublik am Tiefseeboden Manganknollen und Cobaltkrusten gäbe. Die Förderung dieser wertvollen Bodenschätze müsse aber auf umweltfreundliche Art und Weise geschehen, sagte der Geologe. Die Ausbeutung der Bodenschätze im Marineschutzgebiet der Phönix-Inseln, das 2010 zum Naturerbe der UNESCO erklärt wurde, stehe sowieso außer Frage. Als ersten Schritt wolle man nun nach Möglichkeiten des Tiefseebergbaus in anderen Bereichen der Exklusiven Ökonomischen Zone forschen und dabei auch das kulturelle Wissen der traditionellen Fischer mit einbeziehen. Diese wüssten am besten über die Fischbestände Bescheid und

könnten auch Auskunft geben, inwieweit der Tiefseebergbau zur Zerstörung von Flora und Fauna beitrage.

Tanielu zeigte sich erfreut über die kontinuierliche Zusammenarbeit der kiribatischen Regierung mit dem Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft und der dort ansässigen „South Pacific Applied Geoscience Commission“ (SOPAC). Die SOPAC hat das „Deep Sea Minerals Project“ ins Leben gerufen, das den Aufbau einer nachhaltigen, umweltschonenden und menschenfreundlichen Bewirtschaftung der Tiefsee in den Exklusiven Ökonomischen Zonen der 15 beteiligten Inselstaaten zum Ziel hat. Die der SOPAC angeschlossenen Staaten verpflichten sich beim „Deep Sea Minerals Project“ der Einhaltung von Standards und Regularien. Das Projekt läuft über vier Jahre und wird u. a. von der Europäischen Union finanziert. (*The Kiribati Independent 19.01.12, http://www.sopac.org/*)

„Familientreffen“ nach Irrfahrt

Kiribati: Nach einer 33-tägigen Irrfahrt auf See sind der 53-jährige Fischer Uein Buranibwe und sein 26-jähriger Kollege Temaei Tontaaake einigermaßen wohlbehalten auf dem Atoll Namdrik (Marshallinseln) angelandet. Die beiden waren vom Atoll Marakei (Kiribati) aufgebrochen. Sie wollten rund 50 Seemeilen zum benachbarten Abaiang-Atoll fahren, um dort Benzin für Marakei zu holen. Während der gewöhnlich nur drei Stunden dauernden Fahrt fiel das „Global Position Satellite System“ (GPS) an Bord des Motorbootes aus. Die Fischer entschieden, sich treiben zu lassen, weil sie vermuteten, dass die Strömung sie direkt nach Abaiang treiben würde. Dort kamen sie jedoch nicht an. Erst 33 Tage später wurden sie auf das Riff von Namdrik gespült.

Die Überraschung war groß, als die Bewohner des Atolls den ein-

zigen Menschen holten, der sich in der Sprache I-Kiribati mit den Seeleuten verständigen konnte: Es handelte sich um eine Tochter von Tontaakes Onkel Bairo, der vor mehr als 50 Jahren ebenfalls auf See verschwunden war. Die Angehörigen in Kiribati hatten Bairo für tot erklärt, nichtsahnend, dass er ebenfalls auf Namdrik schiffbrüchig geworden war und in die dortige Atollgemeinde eingeehellet hatte. Bairo ist vor einigen Jahren gestorben, seine Tochter Neinikeu hieß jetzt die Schiffbrüchigen willkommen und war auch noch der Muttersprache ihres verstorbenen Vaters mächtig. (*Marshall Islands Journal* 16.12.11)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Prominenter Ex- Regierungsvertreter klagt Machtmissbrauch an

Frz.-Polynesien: Der langjährige tahitische Unabhängigkeitsaktivist, Gymnasiallehrer und Regierungsbeamte Jean-Paul Barral hat am 19. November 2011 empört sein Amt als Berater des Präsidenten der Landesversammlung Jacqui Drollet niedergelegt und in einer dazu veröffentlichten Presseerklärung die Politiker aller Parteien scharf kritisiert. Während die pro-französische Landesregierung unter Präsident Flosse von 1991 bis 2004 „unter Komplizenschaft des frz. Staates die größte Korruptionsmaschinerie die es jemals auf dem Territorium der französischen Republik gab“ schuf, hätten die unter dem Motto „Tauï Roa“ (Großer Wechsel) angetretenen Regierungen unter Präsident Temaru, Jacqui Drollet und anderen Unabhängigkeitsbefürwortern seitdem nichts getan, um dieses korrupte System abzuschaffen. Im Gegenteil, unter Temarus Präsidentschaft hätte ein einzelner Politiker (Emile Vernaudon) bislang unerreichte Summen von Staatsgeldern unterschlagen, und die politische Kultur sei auf ein so niedriges Ni-

veau gefallen, dass manche Politiker aller paar Monate ihre Partei wechseln, nur um auf Seite der jeweiligen Regierungsmehrheit zu stehen.

Als Barral vor kurzem Versammlungspräsident Drollet vorschlug, ein neues, auf Konsens begründetes Gesellschaftsprojekt unter Einbeziehung aller politischen Richtungen und gesellschaftlichen Strömungen zu erarbeiten, um damit in Zukunft ein glaubwürdiges und verantwortliches Regierungshandeln zu ermöglichen, wurde er von Parteifreunden darauf hingewiesen, dies auf die Zeit nach den nächsten Wahlen im Frühjahr 2013 zu verschieben, womit sich für ihn zeigte, dass die Regierenden weiterhin in der Logik des Machtgewinns um jeden Preis verharren. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i*)

Selbsternannter König mit eigener Polizei von echter Polizei verhaftet

Frz. Polynesien: Mitte Dezember verhaftete die französische Polizei Teatuaura Temataru, der sich selbst als König von Tahiti bezeichnet, sowie mehrere Anhänger seiner Bewegung. Der von der Insel Maupiti stammende Tematarau hatte in letzter Zeit von sich Reden gemacht, als er sich zunächst zum König seiner Insel erklärte, und dann mit Vertretern anderer selbsternannter „Königreiche“ in Hawai'i, Neuseeland, Rapa Nui und anderen polynesischen Inseln eine pazifische Konföderation unter dem Namen „Te Alepha, Te Moana Nui a Kiwa“ gründete. Ende 2011 eröffnete er schließlich sein eigenes Gericht in Papeete und trat in Begleitung einer 20 Mann starken Leibwache mit Uniformen und Dienstwagen auf, die die Aufschrift „Police Royale“ (Königliche Polizei) tragen. Die (echte) Polizei schritt schließlich ein, da Justiz und innere Sicherheit nach französischem Gesetz Kompetenzen des Staates sind und es niemandem erlaubt sei, vorzugeben die-

se Kompetenzen selbst auszuüben, so Polizeikommissar Séraphin Parra.

Tematarus „Operettenkönigreich“, ebenso wie mehrere ähnliche Fantasiestaaten, die in letzter Zeit in Tahiti gegründet wurden, sieht vordergründig nach einer reinen Klamotte aus, hat aber tiefer liegende Ursachen. Immer größere Teile vor allem der ländlichen Bevölkerung Frz.-Polynesiens sowie der städtischen Arbeiterschicht erkennen sich in den politischen Unabhängigkeitsparteien, die sie traditionell wählten, nicht mehr wieder, da letztere seit 2004 verstärkt Teil des politischen Establishments geworden sind. Die Hoffnungen, die die traditionelle Wählerschaft von Oscar Temarus Partei „Tavini Huiraatira“ beispielsweise auf diese gesetzt hatte, sind zu einem großen Teil verflogen, da sich an der desolaten Wirtschaftslage des Landes und dem Elend, in dem die Unterschicht lebt, auch unter Temarus Präsidentschaft nichts geändert hat. Viele Menschen kehren deshalb dem offiziellen politischen System ganz den Rücken und versuchen stattdessen, außerhalb des Systems sich selbst eine politische Ordnung aufzubauen, die ihren Wünschen und Hoffnungen entspricht. (*Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quellen: Tahiti-Pacifique, Polynésie Première, eigene Recherchen*)

Historische Kathedrale restauriert

Frz. Polynesien: Die historische St. Michaels-Kathedrale in Rikitea auf der Insel Mangareva (Gambier-Inseln, etwa 1.600 km südöstlich von Tahiti) wurde nach mehrjähriger Renovierung Ende November wiederingeweiht. Die Restaurierung kostete 537 Millionen CFP-Francs (4,5 Millionen Euro) und wurde gemeinsam von der katholischen Kirche, dem Französischen Staat, der Landesregierung Frz.-Polynesiens und privaten Spendern finanziert. Die dreischiffige, zweitürmige Kathedrale wurde im Jahre 1846 un-

ter Leitung des französischen Missionars Honoré Laval vom Orden der „Heiligsten Herzen Jesu Christi und Mariä“ fertig gestellt und war mit einer Länge von etwa 55 Metern, einer Gewölbhöhe von etwa 12 Metern und ca. 25 Meter hohen Türmen bis vor wenigen Jahrzehnten die größte Kirche im Pazifik.

Mitte des 19. Jahrhunderts war Mangareva Sitz des Apostolischen Vikariats von Ost-Ozeanien, aus dem später nach dem Umzug des Bischofssitzes nach Papeete das heutige Erzbistum Tahiti hervorging. Von Mangareva aus, dessen Bevölkerung 1834 fast vollständig zum Katholizismus bekehrt worden war, wurden die ursprünglichen katholischen Missionen in Hawai'i, Tahiti, den Marquesas-Inseln, den Tuamotus und Rapa Nui gegründet, so dass die Insel zu Recht als das Zentrum des Katholizismus in Ostpolynesien gilt (analog zu Wallis und Futuna für Westpolynesien). Die Kathedrale, die dafür gebaut wurde, für wichtige Hochämter die gesamte Bevölkerung Mangarevas (damals ca. 5.000 Einwohner) aufnehmen zu können, beeindruckt nicht nur durch ihre gigantische Größe, sondern auch durch die großzügige Ausschmückung des Altarraums mit Intarsien aus mehrfarbigem Perlmutter in einem einzigartig hybriden mangarevanisch-neubarocken Kunststil.

Nach dem Umzug der Diözese nach Tahiti in den späten 1850er Jahren geriet Mangareva allerdings ins Abseits, große Teile der Bevölkerung wanderten nach Tahiti aus und die heutigen weniger als 1.000 Einwohner konnten das riesige Gebäude nicht länger unterhalten, so dass die Kathedrale langsam verfiel. Seit Anfang dieses Jahrtausends konnten keine Messen mehr darin gefeiert werden, weil das aus Kokosfasergeflecht gebaute Gewölbe einsturzgefährdet war. Im Laufe der letzten zwei Jahre wurde die Kathedrale in mühsamer Kleinarbeit restauriert, wobei darauf geachtet wurde, ebenso wie beim ur-

sprünglichen Bau nur auf der Insel verfügbare Materialien zu verwenden.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Tahiti-Pacifique)

741 Cannabis-Pflanzen entdeckt

Frz.-Polynesien: 741 Cannabis-Pflanzen, einige davon größer als fünf Meter, wurden auf der Insel Rurutu, die zu den Austral-Inseln zählt, entdeckt. Die Polizisten haben den Wert der Pflanzung (bei Verkauf der Droge) auf ungefähr 536.000 € geschätzt. Cannabis, „Pakolo“ in Französisch-Polynesien genannt, wird in Zigarettenschachteln verkauft, wobei eine Schachtel auf den Inseln, wo Cannabis angepflanzt wird, ca. 25 € kostet. Auf Tahiti kann der Preis bis zu 42 € betragen. Die Polizisten fanden die Cannabis-Pflanzung, auf die ein Informant aufmerksam gemacht hatte, nach drei Stunden Fußmarsch durch dichte Vegetation an einem Abhang. Die Pflanzen wurden vor den Augen der Polizisten verbrannt. *(Les Nouvelles Calédoniennes, 25.02.12, Übersetzung und Zusammenfassung von Pazifik-Netzwerkmittglied Matthias Kowasch, Nouméa)*

Wahlerfolg für Unabhängigkeitsaktivisten

Rapa Nui (Osterinsel): Bei den im Juni 2011 stattfindenden Wahlen zur Entwicklungskommission der Osterinsel (Comisión de Desarrollo de la Isla de Pascua, abk. CODEIPA) haben Vertreter der Unabhängigkeitsbewegung erstmals eine klare Mehrheit gewonnen. Die CODEIPA wurde durch ein Gesetz aus dem Jahre 1993 geschaffen und berät den von Chile ernannten Inselgouverneur in Fragen der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, die die indigene Rapanui-Bevölkerung betreffen, insbesondere Landangelegenheiten. Die Kommission umfasst neben sechs Repräsentanten verschiedener chilenischer Regierungsämter, dem lokalen Bürgermeister

und dem Vorsitzenden eines von Chile anerkannten, aber in seiner Autorität umstrittenen Ältestenrates fünf gewählte Repräsentanten der indigenen Rapanui-Bevölkerung.

Unter den 37 Kandidaten erhielten die folgenden die meisten Stimmen und damit die fünf zu vergebenden Sitze: Jose Rapu (226 Stimmen), Osvaldo Pakarati (218), Jorge Pont (167), Anakena Manutomatoma (164), und Mario Tuki (153). Pont und Tuki gehörten der Kommission bereits in der bisherigen vierjährigen Legislaturperiode an; die anderen drei sind politische Neulinge. Interessant an diesem Ergebnis ist, dass unter den fünf Kommissionsmitgliedern nur der schon langjährig amtierende Pont der mit der chilenischen Mitte-Links-Parteien verflochtenen lokalen politischen Elite angehört, während die vier anderen Mitglieder oder Sympathisanten der die Unabhängigkeit befürwortenden Organisation „Rapanui-Parlament“ sind.

Die Wahl stand im Schatten der seit Anfang 2010 andauernden politischen Proteste von Anhängern des „Parlaments“ für Landrechte und Autonomie, die Ende 2010 von chilenischen Sicherheitskräften blutig niedergeschlagen wurden, was zu Dutzenden Verletzten geführt hatte. Der Konflikt schwelt unterdessen ungelöst weiter und die Wahlergebnisse zeigen deutlich, dass eine klare Mehrheit der Einheimischen hinter den Protesten steht.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Forrest W. Young: Political Review on Rapa Nui, The Contemporary Pacific, Vol. 24, No. 1, Spring 2012)

Enttäuschung über Luxushotel

Rapa Nui: Ein in New York lebender Geschäftsmann aus Rapa Nui hat die Eröffnung eines Luxushotels auf dem Land seiner Ahnen beklagt. Santi Hitorangi erklärte, seine Familie habe über ein Jahr lang mit Landbesetzungsaktionen versucht, den Bau

des „Hangaroa Eco Village & Spa“ zu verhindern. Die Klage der Familie Hitorangi gegen den Hotelbetreiber, ein chilenisch-deutsches Konsortium, ist vor Gericht noch anhängig. Proteste gegen den Bau des Hotels habe die chilenische Polizei niedergeschlagen, erklärte Hitorangi. Bedenken der Familie gegen die Zerstörung heiliger Stätten auf dem Hotelgrund wären nicht ernst genommen worden.

Info: Das „Hangaroa Eco Village & Spa“ in der Stadt Hangaroa versteht sich als nachhaltiges Tourismusprojekt. Es wirbt auf seiner Website damit, das traditionelle Land der Ahnen (Kainga) zu respektieren. Für den Bau des Hotels wurden nach eigenen Angaben nur ökologisch zertifizierte Baumaterialien benutzt.

(<http://www.hangaroa.cl/>, Radio NZ. Intern. 20.02.12)

HAWAI'I

„Native Hawaiian Roll Commission“ nimmt ihre Arbeit auf

Eine von Gouverneur Neil Abercrombie ernannte Kommission zur Erstellung einer Liste aller hawaiischen Ureinwohner hat Ende des Jahres ihre Arbeit aufgenommen. Am 6. Juli hatte Abercrombie das Gesetz „Act 195“ unterschrieben, in dem die einheimischen Hawaier offiziell von der Regierung des US-Bundesstaats als „indigenes Volk der Hawaiischen Inseln“ anerkannt werden, und eine „Native Hawaiian Roll Commission“ geschaffen wird, deren Aufgabe es ist, eine Liste von einheimischen Hawaiiern zu erarbeiten, die dafür qualifiziert sind, Bürger einer neu zu schaffenden Regierungsstruktur für einheimische Hawaier zu werden.

Die Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern: John Waihe'e (ehemaliger Gouverneur, Amtszeit 1986-1994), Nā'ālehu Anthony (bekannter Journalist und Dokumentarfilmer) sowie

Robin Danner, Lei Kihoi und Māhealani Perez-Wendt.

Ziel der Kommission ist es, alle Hawaier zu erfassen, die indigener Abstammung sind und sich kulturell als solche identifizieren, um dann für diese Bevölkerungsgruppe eine Regierungsstruktur zu schaffen, die analog einer indianischen Reservatsregierung in Amerika von der US-Bundesregierung anerkannt werden kann.

Gegen den starken Widerstand rechtsextremer amerikanischer Gruppen einerseits, die im Namen angeblicher Gleichheit alle Minderheitenrechte bekämpfen, und hawaiischer Unabhängigkeitsaktivisten andererseits, hatten führende Politiker der Demokratischen Partei während der letzten elf Jahre versucht, ein Gesetz durch den US-Kongress zu bringen, das die Hawaier als indigenes Volk den Indianern rechtlich gleichstellt und damit die Schaffung einer indigenen Hawaiischen Regierungsstruktur ermöglicht. Die Gesetzesvorlage, nach dem hawaiischen Senator Daniel Akaka als „Akaka Bill“ bezeichnet, war jedoch bislang in jeder Legislaturperiode am Widerstand Republikanischer Senatoren gescheitert. Befürworter der „Akaka Bill“ hatten sich deshalb letztes Jahr ausgedacht, den Prozess einfach andersherum zu beginnen, nämlich die hawaiische Regierungsstruktur zunächst innerhalb des Bundesstaats zu schaffen, und sich dann, nach vollendeten Tatsachen, um Anerkennung durch die US-Bundesregierung zu bemühen.

Ebenso wie die „Akaka Bill“ wurde auch „Act 195“ von hawaiischen Aktivisten heftig kritisiert. Ihr Hauptargument ist, dass Hawai'i völkerrechtlich nie in die USA integriert wurde und von daher die Schaffung weiterer US-interner Regierungsstrukturen (nachdem bereits 1959 auf schwammiger rechtlicher Grundlage der US-Bundesstaat gegründet worden war) die illegale US-Besatzung des Landes nur

weiter zementiert würde. Außerdem könne dann der Eindruck entstehen, das politische Problem der USA mit den Hawaiiern sei gelöst und alles sei nun rechtlich in Ordnung. Anders als die „Akaka Bill“ enthält „Act 195“ allerdings ein paar Elemente, die diese Vorwürfe ein wenig schmälern könnten. So wird die Annexion Hawaiis nicht als Tatsache beschrieben, sondern als „vorgeblich“ bezeichnet, und ein Paragraph weist darauf hin dass das Gesetz „die Rechte des einheimischen Hawaiischen Volkes unter Staats-, Bundes-, und Völkerrecht in keiner Weise beeinflusst.“

Bei einem Ende Februar stattfindenden Symposium an der juristischen Fakultät der Universität warnten jedoch Vertreter mehrerer amerikanischer Indianervölker die Hawaier davor, den gleichen juristischen Status wie sie anstreben zu wollen. Die auf dem Papier bestehende „Souveränität“ der Reservatsregierungen und deren „Anerkennung“ durch die US-Bundesregierung sind in den meisten Fällen nichts anderes als eine Kaschierung der faktisch totalen Abhängigkeit dieser Institutionen vom US-Innenministerium.

(Artikel von Pazifik-Netzwerkmittglied Lorenz Gonschor, Hawai'i. Quelle: Akten des Symposiums; Honolulu Weekly, Ka Wai Ola, eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Neue Vorfahrtsregeln ab März

Am 25. März um 5 Uhr morgens wird die „Right Hand Rule“-Vorschrift abgeschafft und der auch bei uns herrschenden Vorfahrtsregelung angepasst. Neuseeland ist bis dahin das einzige Land der Welt, in dem man an Kreuzungen allen von rechts kommenden Fahrzeugen Vorfahrt gewähren muss, obwohl in Neuseeland Linksverkehr herrscht. Ab März gilt dann folgende Regel: Ein Fahrzeug, das nach rechts abbiegen will, muss dem anderen nach links abbiegenden Fahrzeug

Vorfahrt gewähren. Die neue Regelung trifft allerdings nur bei Kreuzungen und T-Kreuzungen zu, wo auf beiden Seiten entweder Stoppschilder, Vorfahrtgewähren-Schilder oder gar keine Schilder stehen.

Neuseeland hatte 1977 die „Right Hand Rule“ von dem australischen Bundesstaat Victoria übernommen. Dort war das Gesetz wegen der vielen Unfälle an Kreuzungen jedoch 1993 wieder abgeschafft worden. Der neuseeländische Verkehrsminister Steven Joyce erhofft sich von der Neuregelung ab März ebenfalls eine Reduzierung von Unfällen an Kreuzungen. (*Neuseeland Newsletter online 13.12.11*)

INDONESIEN PAPUA TIMOR-LESTE

Indonesien ratifiziert Atomwaffenteststopp- Vertrag

Indonesien: Auf seiner letzten Parlamentssitzung im Jahr 2011 hat das indonesische Parlament einstimmig für die Ratifizierung des Kernwaffenteststoppvertrages gestimmt (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty, CTBT).

Der indonesische Außenminister Marty Natalegawa begründete das Votum des Parlaments damit, dass die Regierung den CTBT als das wichtigste Mittel zur nuklearen Abrüstung verstehe. Man werde seine guten Beziehungen zu den Nachbarstaaten in Asien und dem Mittleren Osten nutzen und versuchen, auch dort Staaten für die Ratifizierung des Vertrages zu gewinnen.

Info: Der Kernwaffenteststoppvertrag verbietet die Durchführung jeder Art von Kernwaffenexplosionen, ob für zivile oder für militärische Zwecke. Auch die Beihilfe dazu ist verboten. Der

Kernwaffenteststoppvertrag wurde von der UN-Abrüstungskonferenz ausgearbeitet und am 10. September 1996 mit 158 von 173 Stimmen von der UN-Generalversammlung angenommen. Seitdem liegt er der internationalen Staatengemeinschaft zur Unterzeichnung und Ratifizierung vor.

Um die Einhaltung des Vertrags sicherzustellen, beinhaltet er die Gründung der Organisation über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (Preparatory Commission for the Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization, CTBTO). Sie ist damit beauftragt, ein Überwachungssystem aufzubauen, das Kernwaffenexplosionen weltweit registrieren kann. Dieses Überwachungssystem besteht aus einem Netz von weltweit verteilten Messstationen zur Überwachung von Erderschütterungen, Radionukliden, Wasserschall und Infraschall, die ihre Messungen dem internationalen Datenzentrum in Wien übermitteln. Darüber hinaus sind angemeldete Vor-Ort-Inspektionen vorgesehen.

Der Vertrag tritt in Kraft, 180 Tage nachdem die in *Annex 2* namentlich angeführten Staaten den Vertrag ratifiziert haben. Diese 44 Staaten sind die, welche laut Angaben der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) 1995 über Kerntechnologie verfügten.

Bisher (Stand: Februar 2012) haben 182 Staaten den Vertrag unterschrieben und 157 ratifiziert. Von den 44 Kerntechnik-Staaten haben 41 unterschrieben und 36 ratifiziert. Damit der Vertrag in Kraft tritt, müssen ihn die folgenden Staaten noch ratifizieren: Ägypten, die Volksrepublik China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und die USA (Ratifizierung am 13. Oktober 1999 vom Senat abgelehnt). (*Pressemitteilung 06.12.11 auf <http://www.ctbto.org/>, Wikipedia*)

Kirchenführer aus Papua treffen indonesischen Präsidenten

Java: Am 16. Dezember trafen Kirchenführer aus Papua den indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) zu einem Gespräch auf der Insel Java. Das Treffen fand hinter verschlossenen Türen in der Privatresidenz des Präsidenten in der Stadt Bogor statt. Yudhoyono erklärte sich zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit den Kirchen- und Religionsführern im Papua-Konflikt bereit und versprach, sich für ein Ende der militärischen Gewalt in Papua einzusetzen. Die Gespräche mit den Kirchenführern aus Papua sollen fortgeführt werden.

An dem zweistündigen Treffen nahmen auch der stellvertretende Präsident Boediono, mehrere Minister sowie der indonesische Polizei- und der Militärführer teil. Die Kirchen Papuas waren vertreten durch Pastorin Jemima Krey (Präsidentin der Evangelischen Kirche im Lande Papua GKI-TP), Pastor Benny Giay (Präsident der Kingmi-Kirche Papua), Pastor Socratez Yoman (Präsident der Baptisten-Kirche Papua) und Pastor Martin Luther Wanma (Präsident der indonesischen Bibelkirche in Papua). Die Menschenrechtsverteidigerin Frederika Korain begleitete die Kirchenführer.

Das historische Treffen war von der Gemeinschaft der Kirchen in Indonesien PGI (Persekutuan Gereja-Gereja di Indonesia) initiiert worden. Die Kirchenführer überreichten dem Präsidenten ein gemeinsames Dokument, das die Entstehung eines Papua-Nationalismus als das Ergebnis einer „Zwangsehe“ zwischen Jakarta und Papua bezeichnet. Die Kirchenführer nehmen in der sechsseitigen Schrift Stellung zur Integration Papuas an Indonesien im Jahre 1969 und bezeichnen diesen zweifelhaften Integrationsprozess ohne Partizipation der Papua als Wurzel des ungelösten Konfliktes in ihrer Heimat. Der Betrug an den Papua und die anhaltenden Menschenrechtsver-

letzungen hätten zum Entstehen eines Papua-Nationalismus geführt, der von Jakarta als „Separatismus“ (miss)verstanden werde, heißt es in dem Dokument.

Die Kirchenführer aus Papua riefen den indonesischen Präsidenten dazu auf, in einen Dialog mit Papua unter internationaler Mediation einzutreten. Sie erklärten das Sonderautonomiegesetz aus dem Jahre 2002 für gescheitert und hinterfragten die „Behörde zur Beschleunigung der Entwicklung in den Provinzen Papua und West Papua“ UP4B (Unit Percepatan Pembangunan Provinsi Papua dan Papua Barat), die 2011 vom indonesischen Präsidenten ohne Partizipation der Papua ins Leben gerufen worden war. Die Kirchenführer baten Präsident Yudhoyono, die derzeitige Polizeioperation im Landkreis Paniai unverzüglich einzustellen und alle Truppen aus Papua abzuziehen.

Susilo Bambang Yudhoyono signalisierte seine Bereitschaft, eine gemeinsame Lösung für die Probleme in Papua zu suchen. „*Papua muss mit dem Herzen, mit Aufrichtigkeit und mit Ernsthaftigkeit entwickelt werden*“, betonte der Präsident. Die zentralistischen Ansprüche Jakartas und die Forderungen nach einer Unabhängigkeit von Seiten der Papua könnten im Rahmen einer Konfliktlösung nicht miteinander verbunden werden, sagte der Präsident. Um die bestehenden Probleme zu lösen, müsse stattdessen ein Mittelweg gefunden werden, der Zugeständnisse von beiden Seiten erfordere. Die territoriale Integrität Indonesiens und das Sonderautonomiegesetz müssten in diesem Prozess den Rahmen bilden. Der Präsident erklärte sich bereit, die Arbeit der Entwicklungsbehörde UP4B vorerst einzustellen und eine „Affirmative Action“ für indigene Papua in den Bereichen Bildung und Wirtschaft zu veranlassen. SBY rief dazu auf, jegliche Gewalt von Seiten des indonesischen Militärs und der Befreiungsbewegung OPM (Organisasi Papua Merdeka) ein-

zustellen, „um Raum für einen Dialog zu schaffen“. Nichtorganisierte Streitkräfte sollen demnach aus Papua abgezogen werden. Der indonesische Präsident betonte, dass die Kirchen- und Religionsführer für die Lösung der Probleme in Papua eine zentrale Rolle spielen und von Seiten der indonesischen Regierung stärker integriert werden müssen. (Text von Kristina Neubauer, West-Papua-E-Infobrief vom 21.12.11)

Militäroffensive in Paniai

Papua: Seit Dezember letzten Jahres findet eine groß angelegte Militäroffensive in der Region Paniai im westlichen Hochland der Provinz Papua statt. Die indonesischen Truppen sind nach Angaben von papuanischen Menschenrechtsaktivisten auf der Suche nach vermeintlichen Anhängern der Unabhängigkeitsbewegung OPM/TPN (Tentara Pembebasan Nasional). Gesucht wird vor allem ein OPM-Anführer namens Jhon Yogi.

Indonesische Soldaten der Elite-Einheit Brimob durchkämmen indigene Dörfer und zerstören dabei mutwillig den Besitz der Menschen. Hunderte Menschen sollen auf der Flucht aus ihren brennenden Dörfern sein. Wie viele Menschen bei den Angriffen der Militärs und der Flucht ums Leben kamen, ist ungewiss. Die Indonesische Regierung hat Journalisten den Zugang zu dem betroffenen Distrikt verwehrt. Informationen über die Lage vor Ort dringen überwiegend aus kirchlichen Kreisen über Handynachrichten an die Öffentlichkeit. So sollen rund 150 Dörfer zerstört worden sein, 9.000 Menschen sich auf der Flucht befinden.

Augenzeugen berichten, dass angeblich auch zivile Hubschrauber über der Region kreisen, um nach OPM-Kämpfern zu suchen. Die Hubschrauber gehören vermutlich den in der Region tätigen ausländischen Minenkonzernen „West Wits Mining“ und „Paniai Gold“. Schon öfter haben Beob-

achter die enge Verflechtung zwischen den Bergbaumultis und dem indonesischen Militär beklagt. Gerüchteweise bezahlen die Bergbaukonzerne auch Schutzgelder an die Militärs, damit diese die Minen gegen vermeintliche Angriffe von Unabhängigkeitsbefürwortern schützen. (West Papua Netzwerk E-Info 16.12.11, West Papua Media Info 14.01.12)

Streik beendet

Papua: Nach drei Monaten haben die Arbeiter in der Freeport-Mine am Grasberg in der Provinz Papua ihren Streik beendet. Die Arbeiter hatten für höhere Löhne gestreikt, da sie nach Angaben von Gewerkschaftssprechern unterdurchschnittlich schlecht bezahlt wurden. Der US-amerikanische Bergbaukonzern Freeport McMoran ließ sich zwar auf eine Lohnsteigerung ein, genaue Prozentzahlen waren aber nicht zuverlässig in Erfahrung zu bringen.

Im Oktober letzten Jahres waren sechs Mitarbeiter der Grasberg-Mine durch Schüsse unbekannter Angreifer ums Leben gekommen. Vier weitere Menschen starben bei gewaltsamen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei. (Radio Australia 26.12.11, <http://www.fcx.com/>)

Deutschland baut Engagement aus

Timor-Leste: Deutschland setzt sich auch in Zukunft für die friedliche Entwicklung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Timor-Leste ein. Das ist das Ergebnis der deutsch-timorenschen Regierungsgespräche, die Ende letzten Jahres in Dili abgeschlossen wurden.

Das Bundesentwicklungsministerium setzt mit Neuzusagen in Höhe von 10,5 Millionen Euro die Zusammenarbeit mit dem seit 2002 unabhängigen Staat Timor-Leste fort. Deutschland unterstützt damit eine friedliche und

wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung des Landes durch Vorhaben zur Beschäftigungsförderung, zum Schutz der Biodiversität in der Landwirtschaft sowie zur Verbesserung der Transportinfrastruktur.

Mit deutscher Unterstützung soll eine Fährverbindung zwischen der Hauptstadt Dili im Norden und dem südlichen Teil des Inselstaats eingerichtet werden. Die Bevölkerung kann dann den schnellen Seeweg nutzen – Waren und Rohstoffe müssen nicht mehr über den beschwerlichen Landweg transportiert werden. Die neue Fährverbindung wird so dazu beitragen, die Mobilität der Menschen zu erhöhen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes zu stärken.

Durch ein Vorhaben zur Beschäftigungsförderung haben vor allem junge Menschen die Möglichkeit, neue berufliche und soziale Fähigkeiten zu erlernen. Sie können sich damit besser in wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen integrieren und einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung leisten.

Die wirtschaftlichen Perspektiven der Bevölkerung stärken und gleichzeitig die bedrohten Naturressourcen schützen – dies ist das Ziel eines weiteren neuen Vorhabens zur Sicherung der biologischen Vielfalt der Naturressourcen in der Landwirtschaft in Timor-Leste. Klimawandel und Intensivierung der Landwirtschaft gefährden die biologische Vielfalt, Monokulturen entstehen und Naturflächen sind gefährdet. Dieser Entwicklung soll das Vorhaben durch Aus- und Fortbildung von Land- und Forstwirten und Aufklärungsarbeit entgegenwirken. (*Pressemitteilung des BMZ vom 24.11.11*)

Wahlen in Timor-Leste

Timor-Leste: Pünktlich zum 10-jährigen Unabhängigkeitsjubiläum im Jahr 2012 stehen in Timor-Leste die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Präsident

José Ramos-Horta kandidiert für eine zweite Amtszeit und die nationale Polizei verstärkt die Sicherheitsmaßnahmen während des Wahlkampfes.

Die Präsidentschaftswahlen am 17. März 2012 und die Parlamentswahlen Ende Juni können zu einem neuen Meilenstein für politische Stabilität und nationale Sicherheit werden, sofern die Wahlen frei, fair und ohne gewalttätige Auseinandersetzungen ablaufen. Ein Abzug der Mission UNMIT (UN Integrated Mission in Timor-Leste) der Vereinten Nationen bis Ende des Jahres wäre dann wahrscheinlich.

Der amtierende Präsident José Ramos-Horta, der sich ursprünglich von der politischen Bühne zurückziehen wollte, kandidiert für eine weitere Amtszeit, nachdem eine Unterschriftenpetition von 120.000 Unterstützer(innen) eingegangen war. Der Friedensnobelpreisträger und Ikone des Unabhängigkeitskampfes Ramos-Horta, der bei den Wahlen 2007 im zweiten Wahlgang mit 69 Prozent der Stimmen zum Präsidenten gewählt wurde, gilt auch bei den Wahlen 2012 als Favorit. Als stärkste Konkurrenten gelten Fernando „Lasama“ de Araújo von der Partei Partido Democrático (PD), Francisco Guterres „Lu Olo“ (Fretilin) sowie der frühere Oberkommandeur der Streitkräfte Taur Matan Ruak. Unter den 13 kandidierenden Personen für die Präsidentschaft ist auch Angelita Pires, die ehemalige Lebensgefährtin des Rebellenführers Reinado, der für die Attentate auf Ramos-Horta und Premierminister Xanana Gusmão von 2008 verantwortlich ist.

Die Sicherheitslage spitzt sich bereits zu. Nachdem von Unbekannten am 20. Februar Molotov-Cocktails in das Büro des „Secretariat For Technical Electoral Support“ (STAE) geworfen wurden, verkündete der Chef der Nationalpolizei (PNTL), Longuinhos Monteiro, schwerwiegende Maßnahmen. So droht er den Unruhestiftern, die die nationale Sta-

bilität in Frage stellen, mit Waffengewalt: *„From now to on, the PNTL decides to make patrol at night to shoot the people who want to destabilize the country“* (Suara Timor Lorosa'e, February 22, 2012).

Bei den Parlamentswahlen, die für Ende Juni geplant sind, werden 24 Parteien antreten. Als stärkste Parteien werden Xanana Gusmãos Partei CNRT (Congresso Nacional de Reconstrução Timorese) und die Fretilin (Frente Revolucionária do Timor-Leste Independente) gehandelt. Für eine Mehrheit müsste eine der Parteien 33 Sitze gewinnen, eine Koalition ist nicht ausgeschlossen. (*Artikel von Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft*)

AUSTRALIEN

Überraschender Rücktritt

Der australische Außenminister Kevin Rudd ist während eines Arbeitsbesuches in Washington am 22. Februar nachts um 1.30 Uhr überraschend von seinem Amt zurückgetreten. Er begründete seinen Rücktritt mit persönlichen Differenzen mit Premierministerin Julia Gillard, die Rudd bei den Wahlen im Juni 2010 aus dem Amt des Premiers gedrängt hatte. Rudd, der ebenso wie Gillard Mitglied der Labor-Partei ist, kündigte an, er wolle zurück ins höchste Regierungsamt. Entsprechende Ambitionen waren ihm schon länger unterstellt worden. Der parteiinterne Machtkampf zwischen Gillard und dem 54-jährigen Rudd eskalierte jedoch erst, als Parteimitglieder sich öffentlich für einen Führungswechsel aussprachen. Nach Umfragen ist Rudd bei den Wählern wesentlich beliebter als Gillard.

Es sei ihm nicht mehr möglich, sich auf sein politisches Amt zu konzentrieren, erklärte Rudd, der mangelnde politische Unterstützung durch Gillard und starken

Konkurrenzkampf ihrerseits beklagte.

Gillard erfuhr erst durch die nächtliche Pressekonferenz in Washington vom Rücktritt des Außenministers. Sie bedauerte in einem Radiointerview, dass Rudd nicht mit ihr persönlich über die Differenzen gesprochen habe. (*Sydney Morning Herald* 22.02.12, *Radio Australia* 22.02.12)

60 Jahre diplomatische Beziehungen

Australien und Deutschland feiern in diesem Jahr das 60-jährige Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf Botschafterebene. Vor diesem Hintergrund war der australische Außenminister Kevin Rudd am 25. Januar zu einem offiziellen Besuch in Berlin. Am 26. Januar, dem australischen Nationalfeiertag „Australia Day“ fand ein Empfang in der Australischen Botschaft in Berlin statt. Im Rahmen des Empfangs wurde die neue Kampagne der australischen Regierung „Australia Unlimited“ vorgestellt. In dieser Kampagne präsentieren die Australier Neuerungen aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Design, Umwelt, Wissenschaften, Gesellschaft und Technologie.

Der australische Botschafter in Deutschland, Peter Tesch, hatte anlässlich des Jubiläums hochrangige Vertreter der Bundesregierung und die australische Delegation um Rudd zu einer Veranstaltung mit der australischen Artisten-Gruppe CIRCA in das Chamäleon-Theater am Hackeschen Markt eingeladen. Die Gruppe CIRCA präsentierte dort Teile ihres erfolgreichen Programms „Wunderkammer“.

Vor 60 Jahren, am 28. Januar 1952, hatten Australien und Deutschland den Austausch von Botschaften vereinbart. Deutschland war bereits Ende des 19. Jahrhunderts in einzelnen australischen Kolonien mit Konsulaten vertreten. Der erste Besuch eines hochrangigen Vertreters der australischen Regierung in Deutsch-

land hatte schon im Mai 1912 stattgefunden. Der damalige Hochkommissar Sir George Reid hielt damals im Reichstag in Berlin eine Rede vor Politikern und Wirtschaftsrepräsentanten.

Australien und Deutschland pflegen freundschaftliche Beziehungen auf vielen Ebenen und arbeiten auch in internationalen Foren wie etwa der G20 gut zusammen, wie es auf der Seite der australischen Botschaft heißt.

(<http://www.germany.embassy.gov.au/belngerman/home.html>, <http://www.australiaunlimited.com/>)

Aborigines sprechen sich gegen Tiefseebergbau aus

Die größte Interessensvertretung der landbesitzenden Aborigines, der „Northern Land Council“ im Bundesstaat Northern Territory, hat sich mit Aborigines von „Groote Eylandt“, einer Insel vor der Küste des östlichen Arnhemlandes, getroffen, um Möglichkeiten von experimentellem Tiefseebergbau zu erörtern. Die Anindilyakwa von Groote Eylandt haben sich dabei explizit gegen Tiefseebergbau im Meeresabschnitt zwischen ihrer Insel und dem Festland ausgesprochen. Meeresbodenuntersuchungen und Tiefseebergbau gefährdeten heilige Stätten der Aborigines sowie ihre „Songlines“. Die Traumzeit-Wege der Anindilyakwa müssten vor Zerstörung bewahrt werden, hieß es seitens eines Klan-Sprechers.

Info: Groote Eylandt (veraltete niederländische Schreibung für *Große Insel*) ist die größte Insel im Golf von Carpentaria vor der Nordküste Australiens.

Sie gehört zusammen mit Bickerton Island zur Local Government Area von East Arnhem Shire.

Die kürzeste Entfernung zum australischen Festland, dem Arnhemland im Northern Territory beträgt 42,9 km. Die Insel misst 68,8 km von Osten nach Westen und 73,2 km von Nord nach Süd bei einer Fläche von etwa 2.260 km². Die Insel wird vom Volk der

Anindilyakwa bewohnt und verwaltet. Die Insel wurde erstmalig im Jahr 1623 von Holländern gesichtet. Mit der Ankunft des niederländischen Seefahrers Abel Tasman 1644 bekam die Insel ihren heutigen Namen. Eine erste europäische Siedlung entstand bei dem Fluss *Emerald* im Jahr 1921. Großbritannien wollte Anfang der 1950er Jahre einen Atombombentest im Rahmen der *Operation Hurricane* auf der Insel durchführen, entschied sich aber doch für die Montebello-Inseln.

Mit dem Inkrafttreten des Aboriginal Land Rights (Northern Territory) Act 1976 im Dezember 1977 wurden den Aborigines die Landrechte wieder zugesprochen.

In der Nähe der Gemeinde Angurugu befindet sich mit *GEMCO (Groote Eylandt Mining Company Pty Ltd.)*, einem Gemeinschaftsunternehmen von Anglo American (40 %) und BHP Billiton (60 %), eines der weltweit größten Abbaustätten von Magnesiumerz. (*PNG Mine Watch* 11.02.12, *Wikipedia*)

SPORT

Pazifische Sportler beziehen Quartier in UK

Großbritannien: Wenige Monate vor Beginn der Olympischen Spiele und der Paralympics in London sind bereits einige wenige pazifische Sportler in ihren Quartieren im Nordwesten Englands angekommen.

England wurde in der Vorbereitung auf das sportliche Großereignis in diesem Sommer vom Nationalen Olympischen Komitee (NOK) in verschiedene Regionen aufgeteilt, die jeweils für die Unterbringung, Verpflegung und die sportliche Betreuung einzelner Staaten zuständig sind. Bereits 2008 hatten sich der Generalsekretär des NOK und der Präsident des fidschianischen NOK darauf geeinigt, dass die Sportler aus

den teilnehmenden 15 Pazifikstaaten in der Region „North West“ rund um die Großstädte Manchester und Liverpool untergebracht werden. In dieser Region sollten bis zum Beginn der Olympiade Sportstätten gebaut bzw. erweitert werden, damit sich die Sportler in allen olympischen Disziplinen auf die Wettkämpfe vorbereiten können.

Die Sportcamps dienen auch der Erlangung der Qualifikation zur Teilnahme an den Olympischen Spielen. So war kürzlich die fidschianische Judoka Sisilia Nasiga für einen Monat im Nordwesten, um sich für die Teilnahme an den Spielen zu qualifizieren. Auch die kiribatischen Boxer Tarieta Ruata und Andrew Kometa haben sich ihr Box-Trainingslager in Manchester bereits angeschaut und für den Wettkampf trainiert.

Info: Die Olympischen Sommerspiele finden vom 27. Juli bis zum 12. August im Großraum von Großbritanniens Hauptstadt London statt. London ist bereits nach 1908 und 1948 zum dritten Mal Gastgeber der Sommerspiele. Die Sportler aus aller Welt werden sich in 302 Wettbewerben in 26 verschiedenen Sportarten miteinander messen.

(http://www.sportingpulse.com/assoc_page.cgi?assoc=4734&plD=2,
<http://www.london2012.com>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Forscher entdecken bislang kleinstes Wirbeltier

Forscher der Louisiana State-Universität (USA) haben Mitte Januar im Dorf Amau in der Central Province von Papua-Neuguinea das bislang kleinste Wirbeltier der Welt entdeckt. Die Biologen fanden einen nur sieben bis acht Millimeter kleinen Frosch, dem sie aufgrund des Fundortes den Namen „Paedophryne amauensis“ gaben. Der dunkelbraune Frosch wurde im feuchten Blatt-

werk am Boden des tropischen Regenwaldes gefunden. Er hat kaum ausgeprägte Zehen und relativ große Augen. Er sei vor allem morgens und abends aktiv und stoße schrille Töne aus, erklärte Christopher Austin im Online-Journals „PloS ONE“. Austin sagte weiter, für Biologen sei dieser Fund außerordentlich spannend, weil man bisher nur „wenig über die funktionalen Probleme extremer Körpermaße wisse, seien sie klein oder groß“.

(<http://www.plosone.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pone.0029797>)

Palau ist „ethisches Reiseziel“

Der mikronesische Staat Palau ist von der Nichtregierungsorganisation (NGO) „Ethical Traveler“ zu den zehn Reisezielen ernannt worden, die ein Tourist guten Gewissens besuchen kann. Die im kalifornischen Berkeley ansässige NGO veröffentlicht jährlich eine Liste von zehn Ländern, die in besonderer Weise die Umwelt und die Menschenrechte schützen. In diesem Jahr wurden folgende Länder als ethisch vertretbare Reiseziele ausgezeichnet: Argentinien, Bahamas, Chile, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Mauritius, Serbien, Lettland, Uruguay und Palau.

Ethical Traveler erstellt die Liste anhand dreier Kategorien: 1) Umweltschutz, 2) Sozialwesen und 3) Beachtung der Menschenrechte. Daten über die Länder sammelt die NGO mit Hilfe der Weltbank, des Entwicklungshilfeprogramms der Vereinten Nationen und weiterer Stiftungen und Organisationen. Mitarbeiter der NGO überzeugen sich dann vor Ort von dem Status der Länder.

Die NGO erklärte Palau als „besonders ethisches Reiseziel“, da die palauische Regierung sich seit Jahren für den Schutz der Korallen einsetzt (Coral Reef Conservation Program), es bis zur zwölften Klasse kostenlose Schulbildung gibt und dort ein Höchstmaß an bürgerlicher Frei-

heit und politischen Rechten herrscht. Ethical Traveler betonte in seiner Begründung auch das hohe Maß an Presse- und Meinungsfreiheit in der ehemaligen deutschen Kolonie Palau.

Info: Die NGO Ethical Traveler ist laut ihrer Website daran interessiert, Reisende über die sozialen und umweltschädigenden Einflüsse ihres Aufenthaltes auf Land und Leute aufzuklären und ihnen ein Forum zu geben, sich über die Länder und ihre Entwicklungen auszutauschen. Nach eigenen Angaben finanziert sich die NGO nicht aus Zuschüssen von Ländern aus ihrer „Ethikliste“, sondern über Privatleute und aus Geldern des „Earth Island Institute“. (<http://www.ethicaltraveler.org/>, *Palau Island Times* 23.01.12)

PNG-Blogger von UN ausgezeichnet

Der papua-neuguineische Blogger (dt. Autor eines Tagebuches im Internet) Martyn Namorong ist von David MacLauchlan-Karr, dem „Resident Coordinator“ der Vereinten Nationen (UN), mit einem Preis für seinen Internet-Blog ausgezeichnet worden.

Auf der Seite

<http://namorong.blogspot.com/> veröffentlicht der arbeitslose Studienabbrecher Namorong regelmäßig Beobachtungen, Ereignisse und Aktionen der traditionellen Landeigner rund um die Ramu-Nickel-Mine in der Basamuk-Bucht bei Madang. Namorong habe auf vorbildliche Weise Öffentlichkeit hergestellt für die Belange der betroffenen Landeigner im Minengebiet der vom chinesischen staatseigenen Konzern China Metallurgical Group Corporation betriebenen Nickelmine, erklärte der UN-Beauftragte MacLauchlan-Karr.

Inzwischen hat der engagierte Blogger, der mit Hilfe eines Smartphones von seinem Betel-nuss-Verkaufsstand an einer Hauptstraße aus bloggt, seine Einträge ausgeweitet auf andere,

die Umwelt und die Menschen gefährdenden Projekte, wie etwa das Ölpalmenprojekt am Fluss Sepik oder den geplanten Tiefseebergbau.

Namorong, der wegen schlechter Noten die „Medical School“ verlassen musste, wollte ursprünglich Arzt werden. Deshalb nimmt er auf seiner Seite auch wiederholt Stellung zur schlechten Gesundheitsversorgung und den mangelhaften Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen in Papua-Neuguinea. Seine Internetseite hat der Geehrte betitelt mit folgendem Leitsatz: „*Real freedom is freedom from fear*“.
(PNG Mine Watch 25.01.12,
<http://namorong.blogspot.com/>)

Prinz verlobt sich in Sydney

Der tongaische Prinz 'Ulukalala hat sich am 20. Januar mit Sinaitakala Fakafanua verlobt. Die Feier fand im „Observatory Hotel“ im australischen Sydney im Beisein von Mitgliedern des tongaischen Königshauses statt. Der 27-jährige Prinz ist der älteste Sohn des derzeitigen Thronprinzen Tupouto'a Lavaka und dessen Ehefrau Kronprinzessin Nanasipau'u Tuku'aho. Er steht an zweiter Stelle der Thronfolge des amtierenden Königs. Seine 25-jährige Verlobte ist die einzige Tochter von Prinzessin 'Ofeina-ehe-Langi Fakafanua und dessen Ehemann Lord Fakafanua.

Der westlich geprägten Verlobungsfeier war ein traditionelles „Faitohi“-Fest am 25. Juli 2011 in Tonga vorausgegangen. (Matangi Tonga 22.01.12)

Titanic-Regisseur zieht nach Neuseeland

Der amerikanische Regisseur James Cameron (u.a. „Titanic“, „Avatar“, „Terminator“) zieht mit seiner Familie aus Hollywood nach Neuseeland. Der erfolgreiche Filmemacher kaufte kürzlich

für 20 Millionen NZ-Dollar ein 1.000 Hektar großes Grundstück in der Region Wairarapa, ca. eine Autostunde von der neuseeländischen Hauptstadt Wellington entfernt. Das Grundstück umfasst eine 250 Hektar große Milchfarm, Buschland und eine großflächige Hügellandschaft mit Aussicht auf den Lake Pounui.

Kino-Insider vermuten, dass der Umzug des ursprünglich aus Kanada stammenden Cameron in Zusammenhang mit seinen neuen Filmprojekten steht. Teile 2 und 3 des Filmes „Avatar“ sollen wohl in den nächsten Jahren entstehen. Gerüchten zufolge will Cameron nördlich von Wellington dafür eigene Studios und Produktionsstätten bauen.

Barbara Hyde vom Tourismusanbieter „Destination Wairarapa“ erhofft sich für das relativ untouristische Örtchen nun einen Aufschwung. (360 Grad Neuseeland 20.02.12)

Haizentrum eröffnet

Das nach eigenen Angaben weltweit größte Hai- und Rochenzentrum hat im Januar des Jahres im Süden der australischen Stadt Melbourne eröffnet. Das „Australian Shark and Ray Centre“ versteht sich als Bildungseinrichtung der besonderen Art. Besucher zwischen zwei und 80 Jahren können in Spezialkleidung mit den Tieren schwimmen, sie streicheln und füttern und so etwas über die Lebensweise der Meeresbewohner erfahren.

Das Zentrum ist ein Ableger des gleichen Unternehmens in Port Stephens (Bundesstaat New South Wales).
(<http://www.ozsharkandray.com.au/>)

Gesundheitsbehörde setzt Kava-Verbot aus

Die Gesundheitsbehörde des Bundesstaates „Australian Capital Territory“ hat für den Zeitraum ei-

nes multikulturellen Festes in der australischen Hauptstadt Canberra das Verzehrerbot für Kava und kavahaltige Getränke ausgesetzt und so den in Canberra lebenden Pazifikinsulanern den Genuss ihres traditionsreichsten Getränkes ermöglicht.

Das „National Multicultural Festival“ fand vom 10. bis zum 12. Februar in Canberra statt. Nach Angaben der Veranstalter nahmen in diesem Jahr rund 260.000 Menschen an den über 120 Veranstaltungen auf der Straße und in geschlossenen Räumen teil.
(<http://www.multiculturalfestival.com.au/>,
Radio Australia 09.02.12)

Casinos für Fidschi

Der amerikanische Spielcasino-Betreiber „One Hundred Sands Limited“ hat Ende letzten Jahres vom fidschianischen Premierminister Frank Bainimarama die erste Lizenz zum Bau von Spielcasinos auf den Fidschi-Inseln erhalten. Der US-Konzern wird ein großes Glücksspielzentrum auf Denarau Island bauen, ein kleineres Casino soll in der Hauptstadt Suva entstehen.

Im Tourismuszentrum Denarau soll das „Luxury Casino Resort and Convention Center“ für 290 Millionen US-Dollar gebaut werden. Dort sollen nach Angaben von One Hundred Sands auch 600 bis 800 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Bainimarama sagte, Spielcasinos könnten zu mehr Wirtschaftswachstum und zu einem Anstieg des Tourismus führen. Die Kombination von Spielhallen, der tropischen Umgebung und der Gastfreundschaft der Fidschianer steigere die Attraktivität der Inseln als Reiseziel vor allem für amerikanische Touristen. Deshalb habe man sich auch entschieden, die erste Lizenz für Spielcasinos an eine amerikanische Firma aus dem Staat Washington zu erteilen, die eng mit den Snoqualmie, einer Gruppe indigener Amerikaner („Indianer“), kooperiert. One

Hundred Sands habe bereits Expertise in der Einbeziehung ethnischer Minderheiten in den Spielbetrieb und man erhoffe sich durch dieses Wissen eine bessere Akzeptanz von Casinos durch die Fidschianer und Indu-Fidschianer, erläuterte der Premierminister. (*Fijilive.com* 21.12.11, <http://www.pr.com/press-release/378843>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Kirchen rufen O'Neill und Somare zu Gesprächen auf

Die Kirchen in PNG haben Peter O'Neill und Michael Somare mehrfach intensiv dazu aufgerufen, ihre Auseinandersetzungen einzustellen und im Gespräch aufeinander zuzugehen. Sie sollten nicht nur ihre eigenen Machtansprüche durchsetzen wollen, sondern das Wohl der Menschen und der ganzen Nation im Blick haben. Sämtliche Bischöfe und Repräsentanten der großen Kirchen in PNG boten an, Vermittlungsgespräche mit den beiden zu führen und sie an einen gemeinsamen Tisch einzuladen. *„Als neutrale Organisation repräsentieren wir die Kirchen unseres Landes und das Gewissen der Nation. Wir bieten uns an als Mediatoren für ein friedliches Ende dieser ausweglosen Situation. Unsere Stimmen repräsentieren Gott und unseren Aufruf zurückzuweisen, heißt Gott zurückzuweisen“*, sagte Rev. Joseph Walters als Sprecher des Nationalen Kirchenrates von Papua-Neuguinea. (*The National*, 16.12.11, 20.12.11, 23.01.12)

Unterstützung für Kirchen in Bougainville

Die Regierung in Bougainville will laut Aussage ihres Vize-Präsidenten Patrick Nisira bei den Haushaltsplanungen künftig auch die Kirchen mit staatlichen Zuweisungen unterstützen. Damit soll das breite gesellschaftliche Engagement der Kirchen und deren Beitrag zur Entwicklung der Insel gewürdigt und gefördert werden. Elizabeth Burain, Repräsentantin der Frauen in Nord-Bougainville, forderte einen Anteil von 10 % des Haushaltsbudgets. (*The National*, 25.11.11)

Schluss mit Stammeskämpfen!

Tusi Mopi, ein Vertreter der Kirchen in Sialum (zwischen Finschhafen und Wasu an der Nordküste der Huon-Golf-Halbinsel gelegen), rief dazu auf, die Kämpfe zwischen zwei verfeindeten Clans in der Region zu beenden.

Seit 2007 kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den Kumukio und den Ririwo mit zahlreichen Toten und Verletzten. Es könne nicht angehen, dass Kirchen, Dorfälteste und staatliche Autoritäten weiterhin tatenlos zusähen und die Mörder frei herumliessen und sich nicht darum scherten, dass sie einem Bewohner des anderen Dorfes das Leben genommen hätten. (*The National* 20.01.12)

ELC-PNG

28. Synode in Goroka

Vom 8. bis zum 13. Januar 2012 fand die 28. Synode der ELC-PNG in Goroka statt. An der nur alle zwei Jahre stattfindenden Generalversammlung der Kirche nahmen Delegierte aus allen 18 Distrikten sowie zahlreiche Gäste teil. Eröffnet wurde sie von Premierminister Peter O'Neill, der zahlreiche Minister und Regie-

rungsmitglieder in seinem Gefolge dabei hatte. Er rief alle Bürger auf, Gott an erste Stelle zu setzen und versprach, dass seine Regierung sich insbesondere um die ländliche Bevölkerung und deren Probleme kümmern werde.

O'Neill ist der erste Lutheraner im Amt des Premierministers. Er rief alle Pfarrer und kirchlichen Amtsträger dazu auf, auf allen Ebenen eng mit der Regierung und den Regierungsstellen zusammenzuarbeiten und stets das Wohl der Menschen im Blick zu haben.

Der erste Sitzungstag der Synode begann mit einer Bibelarbeit, Begrüßungsreden und Berichten des Bischofs, verschiedener Abteilungsleiter der Kirche und aus den einzelnen Distrikten. Für lange Diskussionen sorgte die geplante Errichtung einer Lutherischen Universität. Die nächste Synode wird im Jahr 2014 auf der Insel Karkar stattfinden. (*The National*, 10., 11., 12.01.12)

Lutherisches „Medien-Imperium“

Bei der Distrikt-Konferenz des Boana-Distrikts offenbarte Bischof Giegere Wenge kürzlich seine Vision, ein eigenes lutherisches „Medien-Imperium“ aufzubauen mit einem eigenen TV-Sender, einer Radio-Station und einer lutherischen Zeitung. Es sei längst an der Zeit, dass die Kirche eine eigene Medienzentrale aufbaue, um Gemeindeglieder direkt informieren zu können und ihnen ein Gefühl der Einheit zu vermitteln. Er rief die Delegierten dazu auf, „nicht nur ständig zu reden und zu reden und zu reden“, sondern ihren Worten auch konkrete Taten folgen zu lassen. Die Konferenz zählte über 800 Besucher und Delegierte aus 18 Pfarreien des Distriktes. (*Post Courier* 20.01.12)

Kirche im Jiwaka-Distrikt eingeweiht

Hunderte lutherischer Christen feierten Ende Dezember die Einweihung einer neuen Kirche in Tabibuga im Jiwaka-Distrikt. Seit den ersten Missionsaktivitäten durch deutsche Missionare in den 1950er Jahren diente eine einfache Kirche aus Buschmaterialien als Gotteshaus, bis 2006 der Plan reifte, eine neue Kirche zu bauen. Nach fünf Jahren Bauzeit und der tatkräftigen Unterstützung zahlreicher Gemeindeglieder und Lokalpolitiker konnte sie nun eröffnet werden. *(The National 30.12.11)*

RÖM.-KATH. KIRCHE

Bischofskonferenz fordert Somare zum Rücktritt auf

Die Katholische Bischofskonferenz hat Michael Somare zu einem „Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen“ aufgefordert. Ebenso solle Regierungssprecher Jeffrey Nape zurücktreten oder von seinem Amt entfernt werden, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden. Die Bischöfe betonten, dass die Verfassung bestimme, was Recht und was Unrecht sei und nicht irgendwelche Mehrheiten im Parlament, sagte Erzbischof Francesco Panfilo aus Rabaul (Neubritannien). „Wir fordern die Politiker auf, zuerst an die Menschen zu denken, statt nur an sich selbst und an ihre eigene Karriere“, betonte er. *(The National 21., 28.12.11)*

Caritas unterstützt Aufklärung über Wahlen

Der Wahlausschuss arbeitet auch bei den kommenden Parlamentswahlen wie schon in der Vergangenheit wieder eng mit der Caritas zusammen. Die Menschen sollen über ihre zivilen Rechte aufgeklärt und mit dem Wahlverlauf vertraut gemacht werden. Insbesondere sollen sie über ihr Wahlrecht und freie, faire

und sichere Wahlen informiert werden. Dazu hat die Caritas verschiedene Materialien wie Poster, Handzettel und Broschüren erarbeitet. Dies sei Teil des prophetischen Auftrages der Kirche, betonte Fr. Victor Roche, der Generalsekretär von Caritas PNG. *(The National 24.01.12)*

Gelder im Gesundheitsbereich

Der katholische Gesundheitsdienst (CHS) hat die Verteilung der 350 Mio. Kina (125 Mio. Euro) hinterfragt, die die Regierung für eine freie medizinische Versorgung der Bevölkerung in ihrem Haushaltsplan vorgesehen hat. Der CHS betreibe 223 Gesundheitseinrichtungen in 18 Provinzen und decke damit etwa 25 % der Gesundheitsversorgung des Landes ab. Die Gesundheitsdienste aller Kirchen zusammen decken über 45 % ab, so dass sie auch als gleichwertige Partner angesehen werden sollten. Laut Magdeline Dokup, der Generalsekretärin des CHS, gingen aber nur 10 % der staatlichen Gesundheitsmittel an die kirchlichen Träger, so dass von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit nicht die Rede sein könne. *(The National 24.11.11)*

Malaysier spenden an Schwestern

Die „Malaysische Vereinigung von PNG“ hat 30.000 Kina (10.700 Euro) an die „Canossian Sisters“ gespendet, um deren Gesundheitsprojekte in ländlichen Regionen der Central Province zu unterstützen. Die Malaysier haben insgesamt über 650.000 Kina (232.000 Euro) gesammelt und an 15 verschiedene Wohltätigkeitsorganisationen gesendet. *(The National 08.02.12)*

ASSEMBLIES OF GOD

Kirchen gegen Korruption

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung mit Transparency International (PNG) rief Pr. Joseph Walters von den Assemblies of God die anderen Kirchen dazu auf, gemeinsam gegen Korruption aufzustehen und sie mit Gottes Maßstäben zu bekämpfen. *(The National 12.12.11)*

AUS ANDEREN LÄNDERN

Kirchenversammlungen mit Hindernissen

Fidschi: Nachdem die Ausnahmeregelungen Anfang Januar in Fidschi gelockert wurden, hat die vom Militär unterstützte Regierung wieder andere Regulierungen eingeführt, die die Versammlungsfreiheit auch von Kirchenmitgliedern erneut einschränken. So muss z.B. die Methodistische Kirche jede ihrer Versammlungen auch weiterhin einzeln von der Polizei genehmigen lassen. Für manche Gemeinden bedeutet dies einen großen Aufwand, da sie oft auf kleinen Inseln weit entfernt von der nächsten Polizeistation leben. Immerhin ist es aber einigen Gemeinden gelungen, die Bewilligung zu erhalten und nun wieder ihre monatlichen Treffen abzuhalten – allerdings mit strikten Auflagen, sich nur mit kircheninternen Themen zu beschäftigen und sich keinesfalls in politische Angelegenheiten einzumischen. *(Pacific Islands Report 09., 12., 29.01.12, 09.02.12)*

Streit um den Zehnten

Samoa: Der Parlamentsabgeordnete Levaopolo Talatonu hat die samoanischen Kirchen beschuldigt, durch die Einforderung des Zehnten von ihren Gemeindegliedern finanzielle Probleme in den Familien zu verursachen. In den ohnehin schon armen Familien führe dies dazu, dass Kinder bis spät in die Nacht arbeiten müssen.

ten, sich die Schule nicht leisten könnten, oder die Menschen zum Diebstahl gezwungen würden.

Generalsekretär Rev. Vaiao Eteuati von der Methodistischen Kirche in Samoa wies diese Vorwürfe zurück. Ladendiebstähle hätten nichts mit der Kirche zu tun. Die Menschen würden nicht von der Kirche gezwungen, etwas für die Kirche zu spenden. Oft seien der Gruppenzwang und die Familienoberhäupter schuld daran, dass Menschen sich genötigt fühlten. Er rief die Menschen dazu auf, nur zu spenden, was sie sich wirklich leisten können. Insbesondere dürften Spendenverpflichtungen nicht dazu führen, dass jemand kriminell werde. (*Pacific Islands Report*, 22.01., 26.01.12)

† Rev. Jude Samson

Marshallinseln: Tausende von Marshall Islanders versammelten sich zu Trauergottesdiensten für Rev. Jude Samson, den dienstältesten Führer der „United Church of Christ“ (UCC). Seit den späten 1960er Jahren war er Präsident der UCC, der ersten christlichen Kirche auf den Marshallinseln. Sie war von Missionaren aus Boston im Jahre 1857 gegründet worden und ist bis heute die größte Kirche des Landes. Samson verstarb am 18. Januar. Zahlreiche Pfarrer und Politiker erinnerten an ihn und erzählten, wie er sie als Mentor geprägt hatte. Im Parlament wurde mit einer Gedenkminute seiner gedacht und die Flaggen des Landes auf Halbmast gesetzt. (*Pacific Islands Report* 20.01.12)

ÖRK besorgt über Situation in Papua

Provinz Papua: Der Exekutiv-ausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) hat eine Erklärung herausgegeben, in der er sich besorgt über die Eskalation der Gewalt in Tanah Papua (Indonesien) äußert. Er appelliert eindringlich an die indonesischen

Behörden, die von den Streitkräften begangenen Morde an Zivilisten zu stoppen und die Rechte des Volkes der Papua zu schützen.

Die Erklärung wurde auf der Tagung des ÖRK-Exekutiv-ausschusses, die vom 15. bis zum 17. Februar in Bossey (Schweiz) stattfand, vor dem Hintergrund des sich zuspitzenden Konflikts in Tanah Papua angenommen. Die Spannungen zwischen der Urbewölkerung und der indonesischen Polizei haben sich in den letzten Monaten verschärft und im Oktober letzten Jahres zur Ermordung mehrerer Zivilisten geführt.

Während der Unruhen im Oktober ging das indonesische Militär gewaltsam gegen eine friedliche Versammlung von Ureinwohnern vor. Es kam zu brutalen Übergriffen und Morden an Zivilisten.

Der Exekutiv-ausschuss betont in seiner Erklärung, dass „die tragische Eskalation der Spannungen ein weiteres Alarmsignal an Indonesien und an die internationale Gemeinschaft darstellt“. Er fordert, „dass die vom Volk der Papua vorgebrachten Vorwürfe ohne weitere Verzögerung aufgegriffen werden müssen“.

Die prekäre wirtschaftliche Lage der indigenen Bevölkerung in Tanah Papua geht auf das autoritäre Suharto-Regime (1965-98) zurück, das mit seinen Transmigrasi-Programmen eine Entwicklung förderte, die die Papua zu einer Minderheit in ihrem eigenen Land gemacht hat.

„In den letzten Jahren hat das Volk der Papua Meinungsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung gefordert, aber diese Forderungen nach einer Anerkennung seiner legitimen Rechte sind von der indonesischen Regierung stets unterdrückt worden“, heißt es in der Erklärung.

Der Exekutiv-ausschuss ruft die Kirchen in seiner Erklärung auf, die Entwicklung in Tanah Papua „langfristig zu begleiten und für Frieden und Sicherheit des Vol-

kes der Papua einzutreten, das für sein Recht auf Leben und Würde kämpft“.

Die Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten verfolgt die Lage in der Region und hat Solidaritätsbesuche in Tanah Papua *organisiert*. (*Pressemitteilung des ÖRK vom 28.02.12*)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Thomas Paulsteiner

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik auf das Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10, Evang. Kreditgenossenschaft eG

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
• BBC News • Islands Business
• Flash d'Océanie • National
• Oceania Flash • Pacific Beat
• Pacific Islands Report • Pacific Magazine • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand
• Sydney Morning Herald • Tahiti-Press • The Lutheran • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE



Mission EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuedtelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120